

<p>Sitzungsvorlage</p> <p>Federführend: 38 Klima- und Umweltamt</p> <p>Beteiligt: 47 Garten- und Friedhofsamt 61 Stadtplanungsamt 6 Baureferat 20 Kämmereiamt 2 Finanzreferat Stadtwerke Bamberg GmbH Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH</p>	<p>Vorlage- Nr: VO/2020/3463-38</p> <p>Status: öffentlich</p> <p>Aktenzeichen:</p> <p>Datum: 27.09.2020</p> <p>Referent: Zweiter Bürgermeister Jonas Glüsenkamp</p>						
<p>Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt</p>							
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>24.11.2020</td> <td>Mobilitätssenat</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
24.11.2020	Mobilitätssenat	Kenntnisnahme					

I. Sitzungsvortrag:

Mit Schreiben vom 16.09.2020 beantragte die Fraktionsgemeinschaft Grünes Bamberg/ÖDP/Volt verschiedene grundlegende Entscheidungen und Maßnahmen zu beschließen, die dem Klima und der Umwelt schnell und unmittelbar helfen sollen. Diese Maßnahmen werden nachfolgend behandelt:

A) Ressourcenschutz

Trinkwasserversorgung:

Es ist beantragt, die Trinkwasserbrunnenreservoirs mit Stand Oktober 2020 aufzulisten:

Die Stadtwerke Bamberg haben für die öffentliche Trinkwasserversorgung zwei Wasserschutzgebiete.

1. Wasserschutzgebiet Bamberg Süd, mit den Gewinnungsanlagen

- Untere Fassung Stadtwald
- Obere Fassung Stadtwald
- Hirschaidler Büsche
- Buger Wiesen
- Gereuth Wiesen
- Tiefbrunnen Luisenhain I und II

Schutzgebetskatalog und Karte (Seite 11) liegen bei.

2. Wasserschutzgebiete in Gaustadt für Tiefbrunnen II und III bis V

- Tiefbrunnen II (aktiv)
- Tiefbrunnen III bis V (Wassergewinnung stillgelegt)

Schutzgebietskataloge und Karten liegen bei.

Es wird beantragt, die Schutzgebiete rechtsfest zu schützen.

Der geforderte Schutz ergibt sich aus den beigefügten Schutzgebietsverordnungen. Ergänzend wird erwähnt, dass innerhalb der Verwaltung vor dem Verkauf von Flächen durch das Immobilienmanagement, beim Klima- und Umweltamt eine Stellungnahme eingeholt wird. Innerhalb dieses Verfahrens wird auch der für die Trinkwasserbrunnen zuständige Bereich Wasserrecht mit eingebunden.

Grünflächen:

Der Grünflächenschutz ist zentraler Bestandteil der Flächennutzungsplanung (FNP) bzw. insbesondere des Landschaftsplanes (LP). Nachdem der Themenbereich in den letzten zwei Jahrzehnten fachlich unbesetzt war, ist es gelungen, durch die Einstellung einer Landschaftsarchitektin/Grünplanerin eine Expertise im Stadtplanungsamt zu gewinnen. Inhalte werden im Rahmen der Gesamtfortschreibung des FNP derzeit erarbeitet. Der neue Flächennutzungsplan wird dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt.

Zur Beantwortung der Frage nach „**allen Grünflächen**“ bräuchte es eine umfassende Grünkartierung der Stadt Bamberg mit einer davor erarbeiteten Definition für eine zielführende Auftragsvergabe, ähnlich der Biotopkartierung. Diese liegt derzeit nicht vor.

Eine Grünflächenkartierung ist mit personellen und finanziellen Ressourcen verbunden, die derzeit nicht verfügbar sind. Die Thematik wird jedoch im FNP-Verfahren behandelt.

In Ermangelung einer angemessenen Kartierung, Kategorisierung und Definition der Grünflächen, ist die Aufstellung von möglichen **Potentialflächen** derzeit nicht möglich. Aus Sicht des Umweltreferats ist die Aufwertung und Nutzbarmachung bereits bestehender Grünräume, wie der im Norden an den Giechburgblick-Park anschließende Wassermannpark zu priorisieren, bevor neue Potentialflächen erschlossen würden. Ein weiteres Beispiel sind die Spiegelfelder.

Allerdings kann durch die personelle Stärkung der Landschafts-/Grünplanung die konzeptionelle Entwicklung von Grünachsen und Alleen vorangetrieben werden. Hier ist zu unterscheiden zwischen Neuplanungen und Bestandsverbesserungen. In neuen Bebauungsplänen kann die Anzahl der Bäume pro Quartier und ein Mindestgrünflächenanteil (im besten Fall 30%) verbindlich festgesetzt werden. Im Bestand sind die Spielräume geringer. Hier schränken andere Nutzungen (z.B. Kanäle, Leitungen etc.) die Bepflanzbarkeit oft ein. Die Bebauungspläne werden durch den Stadtrat beschlossen.

Die Pflege der öffentlichen Grünflächen geschieht durch das Gartenamt. Gemäß der Bamberger Strategie für Biologische Vielfalt erfolgt eine sukzessive Zurücknahme der Pflege, sofern es andere Belange, insbesondere die Verkehrssicherheit, zulassen. Damit wurde in Bamberg bereits 1990 begonnen (Straßenränder auf Terrassensand/ Berliner Ring) und seit dem Volksentscheid „Rettet die Bienen“ forciert fortgesetzt. Öffentliche Grünflächen können nur überbaut werden, wenn ihr planungsrechtlicher Schutz außer Kraft gesetzt wird (durch Änderung des Flächennutzungsplanes/ Landschaftsplanes mit Stadtratsbeschluss und öffentlicher Beteiligung).

Für die Wälder sind Bundes-, Staats- und Stadtforst zuständig. Dort erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben ordnungsgemäße Forstwirtschaft. Der Bundesforst bewirtschaftet große Teile seiner Fläche nur sehr extensiv, der Stadtforst betreibt eine naturnahe Forstwirtschaft. Eingriffe in Wälder unterliegen in jedem Fall Genehmigungsverfahren, an denen der Stadtrat und die Öffentlichkeit beteiligt werden.

16,3% der Stadtfläche stehen unter hoheitlichem Naturschutz (Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Geschütztes Landschaftsbestandteil). Hier garantieren Verordnungen einen naturnahen Zustand und Erhalt. Sie werden vom Klima- und Umweltamt als Untere Naturschutzbehörde und der Regierung von Oberfranken als Höhere Naturschutzbehörde überwacht und vollzogen.

11,1% der Stadtfläche sind Natura2000-Gebiete und unterstehen damit dem Schutz der europäischen FFH-Richtlinie. Überprüft und vollzogen wird dies durch die Naturschutzbehörden.

13,1% der Stadtfläche sind gesetzlich geschützte Biotop. Erhebliche Eingriffe in diese Biotop sind genehmigungspflichtig.

Da sich die Gebietskategorien teilweise überschneiden, ergibt sich für das Stadtgebiet von Bamberg eine rechtlich abgesicherte Gesamtnaturschutzfläche von 32,5 % (Europäische Schutzgebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, gesetzlich geschützte Biotop).

B) Fördermittel

Die Erstellung eines Kataloges der Fördermittel durch das Finanzreferat ist derzeit aufgrund der fehlenden personellen Ressourcen nicht – wie beantragt - möglich.

C) 1000 + X Bäume in die Stadt Bamberg

Der stadtökologische Wert von Bäumen ist unzweifelhaft.

Pflanzkonzepte auf öffentlichen Flächen werden vom städtischen Gartenamt erstellt. Derzeit werden ca. 120 bis 150 Bäume pro Jahr gepflanzt. Hierbei handelt es sich sowohl um Ersatzpflanzungen für abgestorbene oder aufgrund der Verkehrssicherheitspflicht entfernte Bestandsbäume, als auch um Neupflanzungen. Darüber hinaus müsste die avisierte Stückzahl von 200 Bäumen bei Hinzuzählen der neu gepflanzten Bäume durch private Erschließungsträger (z.B. auf dem Megalithgelände) sowie Land (z.B. WWA, Forst, staatl. Bauamt) und Bund (z.B. WSA, Forst, BIMA) bereits jetzt erfüllt sein. Aufgrund der notwendigen, fortlaufenden Unterhaltspflege von Bäumen, die im Vergleich zur Pflanzung ein Vielfaches an Ressourcen bedarf sowie der aktuellen Haushaltssituation, sieht die Verwaltung eine jährliche Steigerung auf 200 städtische Baumpflanzungen kritisch, jedenfalls mit dem aktuellen Personal und Haushaltsmitteln nicht umsetzbar.

Weiterhin merkt die Verwaltung an, dass der Beginn der Ausweisung neuer Baumstandorte in der Innenstadt zu priorisieren wäre. Hierbei wären ordentliche Baumgruben/ Baumscheiben zu etablieren, welche jedoch viel aufwendiger und kostspieliger wären, als die bisherigen. Ohne Verbesserung der Personal- und Haushaltssituation müsste bei Umstellung auf Baumgruben/Baumscheiben eine Reduktion auf 100 Bäume erfolgen. Dennoch wäre dies für die Bevölkerung, das Stadtklima sowie den städtischen Naturschutz, nach Ansicht der Verwaltung ein größerer Zugewinn. Derzeit ist das Gartenamt allerdings personell und finanziell damit ausgelastet, den vorhandenen Baumbestand - belastet durch klimawandelbedingte Ausfälle - durch Nachpflanzungen zu erhalten.

D) Bestandsbäume

Das Klima- und Umweltamt ist über den Vollzug der städtischen Baumschutzverordnung für den Erhalt von Bäumen ab einer bestimmten Größe zuständig. Notwendige Fällungen werden i.d.R. durch Ersatzpflanzungen ausgeglichen. Auf diese Weise werden standortfremde Nadelhölzer nach und nach durch standortgerechte Laubbäume ersetzt.

E) Bürgerbeteiligung – Ideenwettbewerb

Der gewünschte Ideenwettbewerb ist auf Stadt- und Landkreisebene durch den 2020 erstmals ausgerufenen Klimaschutzpreis bereits umgesetzt. Die zehn in den vergangenen Monaten eingebrachten Ideen und Vorschläge wurden von einer Jury (Landrat Kalb, Oberbürgermeister Starke, Zweiter Bürgermeister Glösenkamp und je ein Vertreter aus dem Mobilitätssenat von Stadt und Landkreis) geprüft und ein Vorschlag für eine Endauswahl getroffen. Die Entscheidung erfolgt durch den Klimarat von Stadt und Landkreis Bamberg. Die eingegangenen Bewerbungen befassten sich u.a. mit den Themen „Emissionsfreies Wohnen im Reiheneckhaus mit positiver Energiebilanz“, „Laufbus oder ein Schulbus auf Füßen“, „Handel Mal Anders“, „Artenvielfalt schützen durch direkten Handel von Kaffee und Gewürzen“, „600 Bäume für den Klimaschutz“, „Solidarische Landwirtschaft Bamberg“ und „Leben ohne eigenes Auto“. So es Corona bedingt möglich ist, wird es auch eine Prämierung/finale Veranstaltung geben.

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittellandschaft für Umweltprojekte weiter intensiv zu begleiten.
3. Der Antrag der Grünen Bamberg-Stadtratsfraktion vom 17.09.2020 ist damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n:

Antrag der Stadtratsfraktion Grünes Bamberg vom 16.09.2020
Schutzgebietsplan
Übersicht wichtiger Park- und Grünflächen
Lageplan Wasserschutzgebiet Gaustadt
Verordnung WSG TB II
Verordnung WSG TB III-V

Verteiler:

Referat 1 zur Kenntnis
Referat 2 zur Kenntnis
Amt 20 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung (Ziffer 2)
Referat 5 Beschlüsse
Amt 38 Beschlüsse (2fach)
Referat 6 zur Kenntnis
Amt 61 zur Kenntnis und zur weiteren Veranlassung
Amt 47 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung



Volt

GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

Herrn Oberbürgermeister
Andreas Starke
Rathaus Maxplatz

96047 Bamberg

Fraktionsgemeinschaft
GRÜNES BAMBERG / ÖDP / Volt

Grüner Markt 7
96047 Bamberg
Tel.: +49 (951) 23 777
fraktion@gruenes-bamberg.de

Bamberg, 16. September 2020

Anträge für die Sondersitzung am 13.10.20:
Kommunaler Klimaschutz im Handlungsfeld Umwelt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

längst ist klar, welche zentrale und unaufschiebbare Herausforderung den Klima- und Umweltschutz konfrontieren – es handelt sich um DIE Krise schlechthin, keinesfalls weniger relevant als die Corona-Krise! Wir alle sind gefordert grundlegende Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu beschließen, die dem Klima und der Umwelt tatsächlich schnell und unmittelbar helfen. Damit wird direkt und indirekt zur Grundlage der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bamberg, des Erhaltes des Weltkulturerbes und letztendlich der Bewahrung einer hohen Lebensqualität der Bamberger*innen beigetragen.

Folgende **Anträge** werden deshalb gestellt:

Ressourcenschutz

Trinkwasser - Die vergangenen Sommer haben gezeigt, wie wichtig eine gesicherte Trink- und Nutzwasserversorgung für Bamberg ist! Angesichts langer Trockenperioden und sinkender Grundwasserstände wird die Verwaltung ersucht, die aktuell vorhandenen Trinkwasserbrunnen/-reservoirs mit Stand vom Oktober 2020 aufzulisten und durch geeignete Maßnahmen dauerhaft vor Zugriff, so zum Beispiel durch Bauvorhaben oder Kaufofferten, rechtsfest zu schützen und in ihrer Funktion zu bewahren.

Kosten: keine

Grünflächen - Längst haben viele Städte erkannt, wie wichtig der Erhalt vorhandener Parks, Grün- und Blühflächen für das gesamte Spektrum des Klima- und Umweltschutzes ist. Vielerorts werden bereits Maßnahmen getroffen, solche Flächen dauerhaft zu schützen und in ihrer Funktionalität als positive und wichtige Regulierungsfaktoren des Stadtklimas zu bewahren. Die Verwaltung wird ersucht, alle Flächen, die den Kriterien Park, Grün- oder Blühfläche entsprechen, aufzulisten und durch geeignete rechtliche Maßnahmen auf Dauer zu schützen. Zudem soll ein Augenmerk auf Potentialflächen gelegt werden, um die vorhandenen Grünbereiche gegebenenfalls zu erweitern. Mögliche Potentialflächen sollen benannt und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht werden.

Kosten: keine

Fördermittel

Umwelt- und Klimaschutz kosten Geld, dürfen aber nicht am Kassenstand einer Kommune scheitern! Aus diesem Grund wird beantragt, das Finanzreferat zu bestimmen, einen Katalog über Fördermittel und die daran geknüpften Bedingungen zu erstellen, welche das Land Bayern, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union hinsichtlich Klima- und Umweltschutz bereithalten. Der Katalog sollte innerhalb der kommenden 6 Wochen erstellt und den Stadtratsmitgliedern zugestellt werden.

Kosten: keine

1000 + X Bäume in die Stadt

Bäume sind ein zentrales Element grüner Stadtstrukturen. Sie haben einen hohen ökologischen und ästhetischen Wert, gerade im stark verdichteten Stadtgebiet Bambergs. Sie verbessern das Stadtklima in vielfältiger Weise, sind also ein gewichtiger Klima- und Umweltschutzfaktor. Bäume sorgen für eine gute Lebensqualität in der Stadt, denn sie tragen zum menschlichen Wohlbefinden bei.

Bäume sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, leisten also einen enorm wichtigen Beitrag zur Bewahrung der biologischen Vielfalt, wirken beispielsweise dem Insektensterben entgegen.

Bäume verschönern Straßen und Häuserschluchten, werten also Straßenräume und Quartiere mit ihrer positiven ästhetischen Wirkung auf. Bäume spenden Schatten und Abkühlung an heißen Sommertagen, sie sind damit also ein entscheidender Faktor für die Anpassung an Klimaveränderungen.

Bäume kühlen durch Schattenwurf und Transpiration, was sie besonders für den verdichteten Stadtraum so wichtig macht.

Bäume sorgen für saubere Luft, da sie schädliches CO² verarbeiten und Sauerstoff produzieren. Über ihre Blattoberflächen filtern sie zudem Schadstoffe und Stäube aus der Luft.

Bäume schützen vor Wind und Regen, sind bei ausreichender Baumkrone z.B. ein natürlicher Regenschirm.

Bäume verschönern Straßenzüge, wodurch sich Menschen wohler fühlen und sich stärker mit ihrer Umgebung identifizieren.

Bäume stehen mit Baumaßnahmen, Parkplätzen und versiegelten Flächen in Konkurrenz, sind dabei aber zentral für eine zukunftsgerichtete Umweltpolitik, und dadurch stark verknüpft mit Aspekten der Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik.

In Bamberg sind Bäume für die Lebensqualität sehr bedeutsam, ihre positiven Effekte zudem unmittelbar spürbar, da sie Kühlung, Windschutz und Schatten spenden. Intelligente Verbundsysteme zwischen umliegenden Wäldern und vorhandenen Grünflächen und den neu zu pflanzenden Bäumen bilden so unter anderem Trittsteine für Insekten und andere bedrohte Tiere. Es wird dringend ersucht, die Verwaltung zu beauftragen, ein 5-Jahres-Konzept zu erstellen, um 1000 und mehr neue Bäume im Stadtgebiet zu beheimaten. Dabei ist ein Pflanzrhythmus von rund 200 Bäumen p.a. anzusetzen, sinnvollerweise von außen nach innen, um die positiven Effekte der Wälder zu nutzen und unter Priorisierung von Belastungszonen.

Beispielsweise ist die Emissionsbelastung der Bamberger Einfallstraßen besonders hoch, was zum Teil durch ansässige Gewerbe- und Industrieareale noch verschärft wird. Genannt seien z.B. der Berliner Ring zwischen Einmündung Münchener Ring und Abzweigung Moosstraße oder die Nürnberger Straße, die zwischen Holzgartenstraße und Peuntstraße auf einer Länge von ca. 700 m trotz dichter Wohnbebauung bis auf zwei Laubbäume keine nennenswerten Straßenbäume aufweist. An anderen Stellen ist die Bilanz zwar besser, jedoch klaffen oft große Lücken, die für eine Vernetzung im Sinne des Trittsteingedankens dringend zu schließen sind.

Die von der Stadtgärtnerei betriebene Baumschule ist in den Prozess einzubinden, durch ein entsprechendes Management soll dort ein Teil der notwendigen Bäume gezogen und vorbereitet werden.

Finanzierung: In zukünftigen Haushaltsplänen (2021 - 2025) werden p.a. Summen ausgewiesen, die eine Pflanzung von je 200 klimawandelresistenten und veritablen Bäumen gewährleisten.

Anlage: Aufnahmen von Berliner Ring, Nürnberger Straße und eines versiegelten Parkplatzes im Stadtgebiet, sowie Aufnahmen von Straßen und Plätzen in Narbonne und Colmar (beides Frankreich)

Bestandsbäume

Im laufenden Jahr ist ein erheblicher Verlust von Bestandsbäumen z.B. durch die anhaltende Trockenheit aber auch aus anderen Gründen zu beklagen. Es wird ersucht, alle abgestorbenen Bäume durch klimaresistente Neupflanzungen zu ersetzen und die Aufnahmemöglichkeiten von Wasser bei bestehenden Baumscheiben zu verbessern. Dies könnte möglicherweise durch vergrößerte Baumscheiben und/oder mehr Raum für Wurzelballen erreicht werden. Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat bis Jahresende eine Zwischenbilanz.

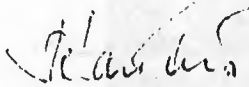
Kosten: Ausweisung im neuen Haushalt

Bürgerbeteiligung - Ideenwettbewerb

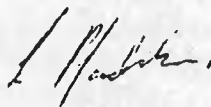
Um möglichst vielen Bürger*innen ein Beteiligungsforum zu bieten, wird die Verwaltung gebeten bis Jahresende 2020 einen Ideenwettbewerb ins Leben zu rufen, um Anregungen und konkrete Vorschläge zum Klima- und Umweltschutz zu erlangen. Geeignete Beiträge sollen bei einer finalen Veranstaltung spätestens Mitte 2021 den Bürger*innen vorgestellt und die drei für Bamberg erfolgversprechendsten und umsetzbaren Konzepte oder Ideen prämiert werden. Der Aufruf richtet sich an alle Menschen und Institutionen aus Stadt- und Landkreis, der Wettbewerb soll allen Altersgruppen offen stehen.

Kosten: gering, Gelder für Prämierung und Finalveranstaltung sind im zukünftigen Haushalt zu berücksichtigen

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Kurz



Leonie Pfandenhauer

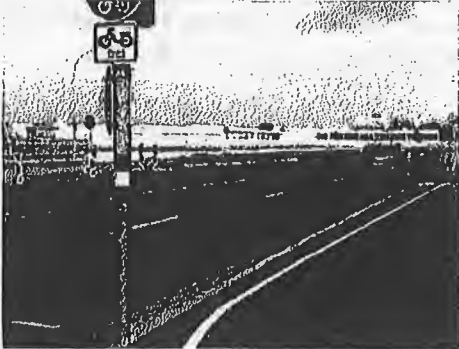


Andreas Eichenseher



Christian Hader

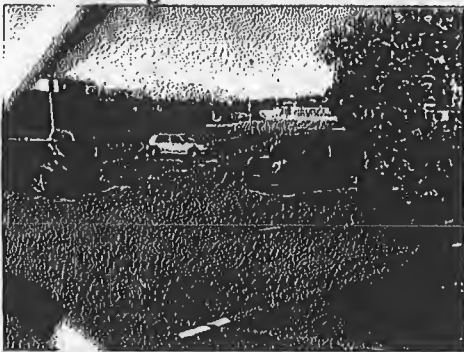
**Anlage:
Situation in Bamberg**



Berliner Ring

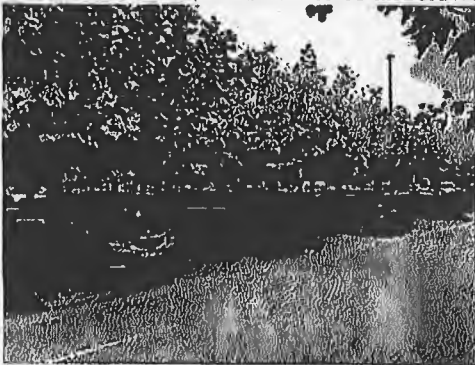


Nürberger Straße



Parkplatz Moosstraße

Wie es sein könnte bzw. wie es anderswo gemacht wurde.



Colmar – Parkplatz



Colmar – Parkplatz



Narbonne – Straßenzug



**Kühlung und damit attraktiver Wohn- u.
Aufenthaltsort in Narbonne /Frankreich**

LEGENDE

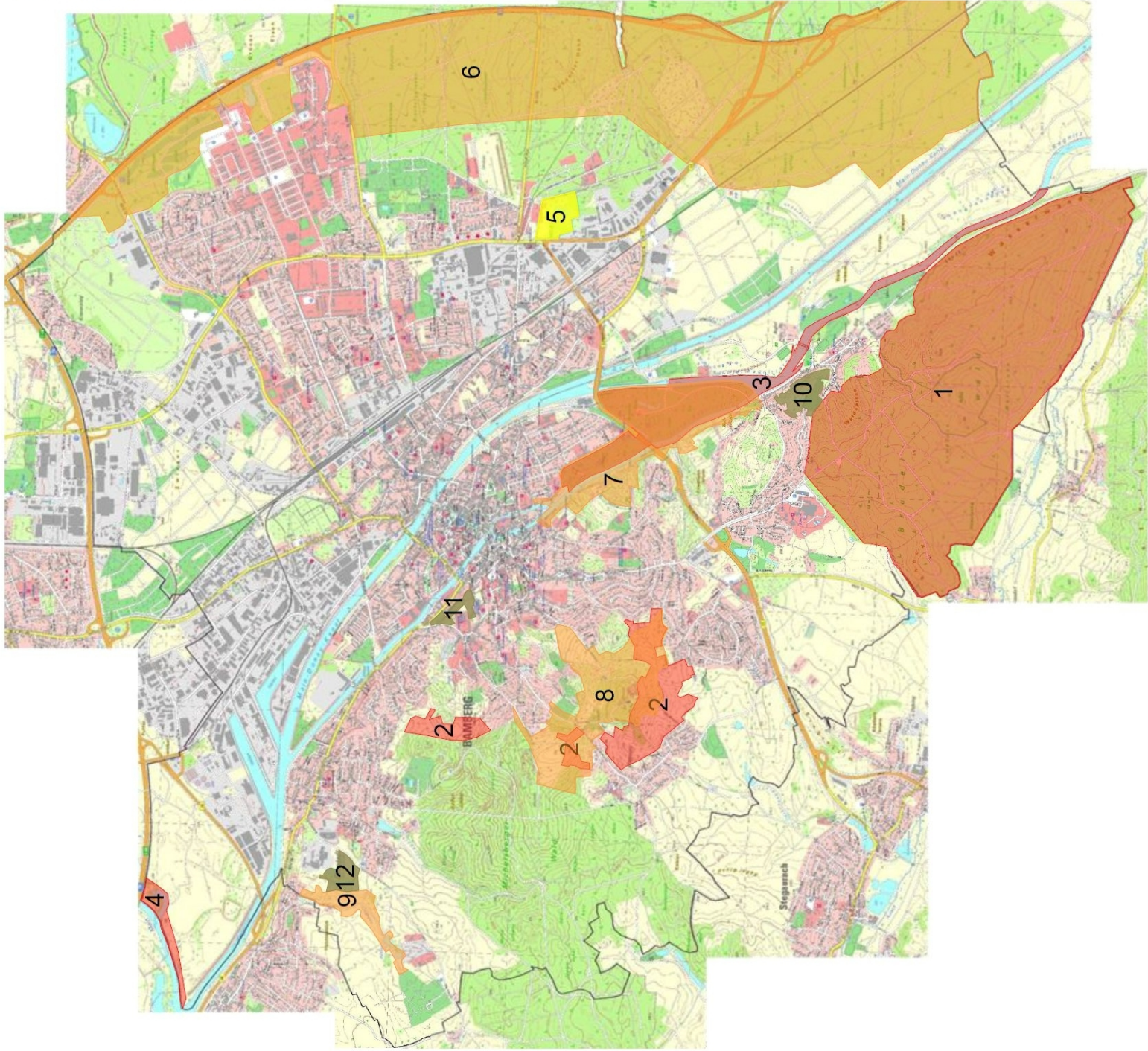
Planzeichenerklärung


Einordnung der Schutzgebiete

- FFH-Schutzgebiet
- Naturschutzgebiet
- Landschaftsschutzgebiet
- Geschützter Landschaftsbestandteil

Bestand Schutzgebiete

- 1 Brudermoor mit Naturwaldreservat Wolfsruhe
- 2 Wiesen um die Altenburg
- 3 Regnitz, Stocksee und Sandgebiete von Neuses bis Hallstadt
- 4 Mainauen an der Regnitzmündung
- 5 Muna (Munitionsanstalt)
- 6 Hauptmoorwald
- 7 Leinritt und Hain
- 8 Altenburg-Rothof
- 9 Röthelbachtal
- 10 Die Ebene bei Bug
- 11 Michaelsberger Garten
- 12 Tongruben bei Gaustadt

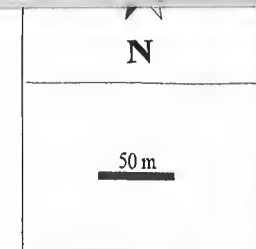
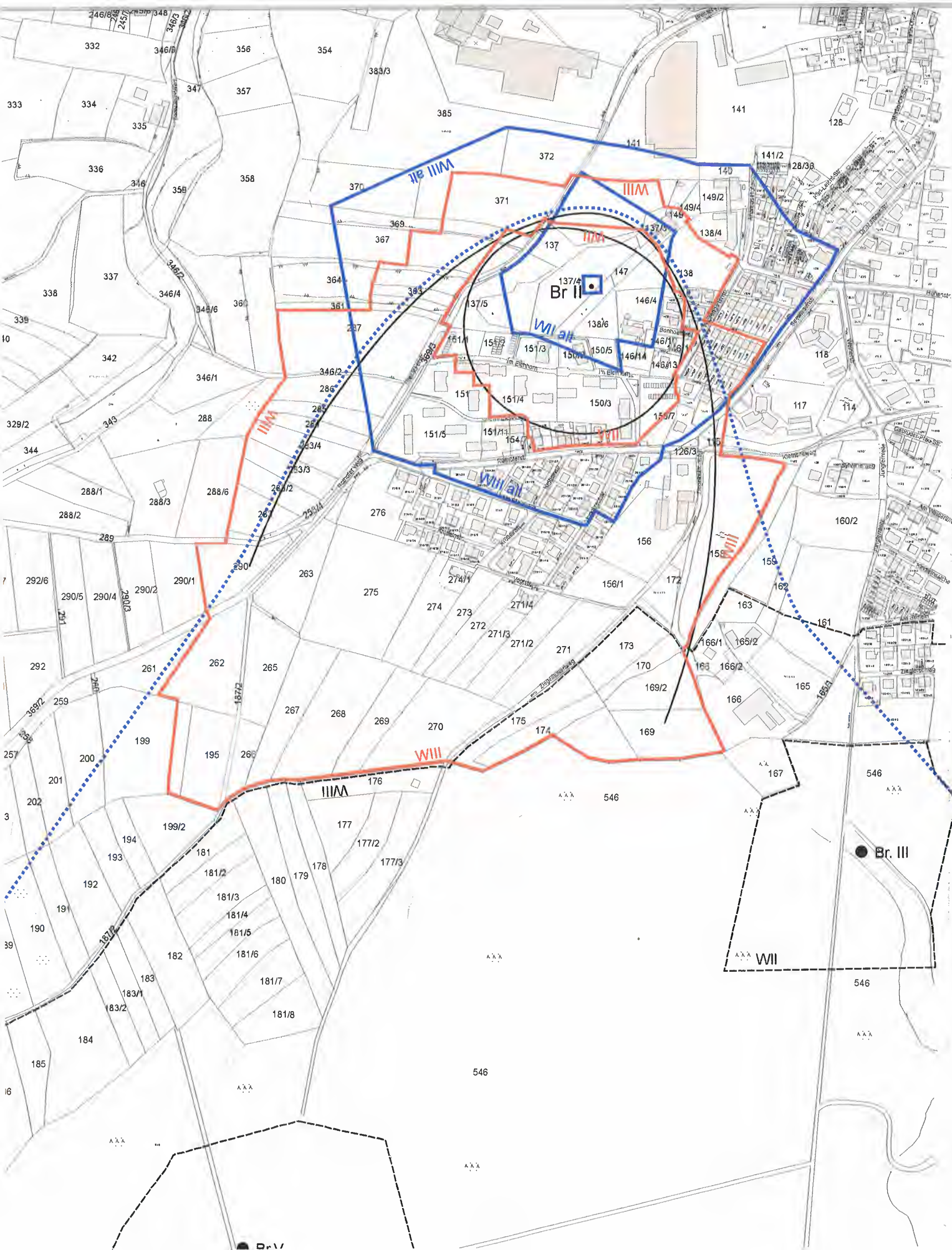


Bauherr:	bearbeitet:	Datum	Zeichen
	gezeichnet:		
	nach-geprüft:		
Bearbeiter: Elisabeth Fischer, 10086476 Unterlage: Entwicklung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie für die Stadt Bamberg			
Plan 1: Schutzgebiete in Bamberg	bearbeitet:	Datum	Zeichen
	gezeichnet:		
	nach-geprüft:		
Maßstab: 1 : 35.000 Aufgestellt:			
Jena, 30.07.2012		Quelle der Kartengrundlage: FIN View	

Übersicht über wichtige öffentliche Grünanlagen im Bamberger Stadtgebiet



Bezeichnung der Grünanlage	Foto	Erschließung der Grünanlage										Merkmale / Ausstattung der Grünanlage												Nutzung durch Parkbenutzer	Sonstiges, Bemerkungen							
		Repräsentative Grünanlage	Historisch wertvolle Grünanlage	Ökologisch wertvolle Grünanlage	Parkpflegewerk erstellt	Funktionelle (Naherholung)	Funktionelle (Sport)	Funktionelle (Spiel)	Funktionelle (Veranstaltungen)	stark frequentierte Grünanlage	Schmuckpflanzung / Weichseltor	Schmuckpflanzung / Stauden	Schmuckpflanzung / Rosen	Schmuckpflanzung / Gehölze	Sportplatz	Zirkus	Landchaftgarten	Sandplatz	Ausstattung Wege, Plätze	Ausstattung Blumen, Saat, Buch	Ausstattung historische Gebäude	Ausstattung Denkmäler, Faldenkranz	Ausstattung Kunstobjekte			Ausstattung Spielgeräte	Ausstattung Stützgeräten	Ausstattung Sonstiges	Wenigalter Baumbestand	Wenigalter Tierbestand		
Schöneinsplatz		x				x		x	x	x			x		x			x	x		x									mittel	Standort der Weihnachtskrippe	
Wilhelmsplatz (Platz)		x	x							x			x		x												x			nur Vegetation		
Wilhelmsplatz (Kreisel)		x								x			x		x															nur Vegetation		
Schillerplatz		x								x			x		x			x			x			x			x			mittel		
Rosengarten Geyerswörth		x	x			x		x	x	x		x	x		x			x	x		x	x		x						sehr hoch		
Michaelsberg		x	x	x	x	x		x	x	x	x	x	x		x	x		x	x	x	x	x		x		x	x			hoch		
Hain		x	x	x	x	x		x	x	x			x		x	x		x	x	x	x	x		x		x	x			sehr hoch	Luisenhain und Theresienhain	
Botanischer Garten		x	x	x	x	x			x	x	x		x		x	x		x	x	x	x	x		x		x	x			sehr hoch	im Hain, Sanierung ab 2015	
Jahnwiese		x				x	x	x	x				x		x								x	x	x	x					sehr hoch	Hauptveranstaltungsart neben Maxplatz
Erbapark		x		x				x	x	x		x		x	x	x		x	x	x	x	x		x		x	x			sehr hoch	Ehemaliges Gelände der LGS 2012	
Fischerhofschlösschen		x							x	x		x	x		x			x		x	x			x	x	x				mittel		
Gartenstädter Markt		x							x	x	x	x		x				x	x		x	x			x					mittel	Standort der Gartenstädter Krippe	
Volkspark		x	x					x	x	x	x	x	x		x	x		x	x	x	x	x		x	x	x	x			hoch	inklusive Fuchsparkstadion	
Giechburgblick		x		x				x	x	x	x	x	x		x	x				x			x	x	x	x	x			hoch	inkl. Wasserpark und Troppaplatz	
Skulpturenpark		x							x				x		x			x				x								mittel	vor Welcomehotel, Kunst von Wagenhäuser	
Schiffbauplatz und Weide		x							x	x	x	x		x	x			x	x		x	x		x						sehr hoch		
Markusplatz		x							x	x	x		x		x			x			x	x		x	x					hoch	Standort Zelt der Religionen	
Harmoniegarten		x							x				x		x			x			x			x	x		x			hoch		
Maximiliansplatz		x							x	x	x		x					x	x		x			x						sehr hoch	Mobile Begrünung auf städtischem Platz	
Obstmarkt und Kettenbrücke		x							x	x	x		x					x	x					x						sehr hoch	Mobile Begrünung und Hochbeete	
Luitpoldhain und Uferwege		x		x					x	x	x		x		x	x		x	x		x	x		x		x				sehr hoch	Adenauerufer, Weigmannufer, Treidelbad	
Hauptfriedhof		x	x	x					x	x	x	x		x	x			x	x	x	x	x		x	x	x	x			sehr hoch		



Zeichenrerklärung

- Brunnen
- ⤿ Randstromlinie $Q_a = 95.000 \text{ m}^3/\text{a}$
- 50-Tageslinie $Q_{dmax} = 363 \text{ l/s}$

Schutzgebiet, Vorschlag

- **WII** Engere Schutzzone Br. II
- - - **WIII** Weitere Schutzzone Br. II

Schutzgebiet, Bestand

- **WI alt** Fassungsbereich (alt)
- - - **WII alt** Engere Schutzzone (alt)
- - - **WIII alt** Weitere Schutzzone (alt)

WII, WIII bestehendes Wasserschutzgebiet Brunnen III-V Gaustadt

	05.07.2010				RK
Nr.		Änderungen	Datum	Name	gepr.

62.004.2

Verordnung über die Festsetzung und Sicherung von Wasserschutzgebieten für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteils Gaustadt

Vom 22.07.1971

geändert durch Verordnung vom 27.01.1993

(Mitteilungsblatt - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 05.02.1993 Nr. 3),

geändert durch § 17 der Verordnung zur Anpassung des Ortsrechtes der Stadt Bamberg an
den Euro vom 30.11.2001

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 07.12.2001 Sondernummer),

geändert durch Verordnung vom 17.05.2004

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 04.06.2004 Nr. 12)

Inhaltsübersicht

- § 1 Allgemeines
 - § 2 Schutzgebiete
 - § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen
 - § 4 Ausnahmen
 - § 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen
 - § 6 Duldungsverpflichtungen
 - § 7 Entschädigung
 - § 8 Ordnungswidrigkeiten
 - § 9 In-Kraft-Treten
- Anlage

Das Landratsamt Bamberg erlässt auf Grund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 27.07.1957 (BGBl I S. 1110) in Verbindung mit Art. 35 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.12.1970 (GVBl 1971 S. 41) folgende mit Entschließung der Regierung von Oberfranken vom 01.04.1971 Nr. II/2 - 3239 c BA - 2/71 genehmigte Verordnung:

§ 1 *) Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für den Stadtteil Gaustadt (Tiefbrunnen II) wird in der Stadt Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 - 6 erlassen.

§ 2 **) Schutzgebiete

- (1) Das Wasserschutzgebiet für den Tiefbrunnen II besteht aus

62.004.2

dem Fassungsbereich,
der Engeren Schutzzone und
der Weiteren Schutzzone.

1. Der Fassungsbereich umfasst auf dem Grundstück Fl. Nr. 137/4 der Gemarkung Gaustadt die quadratische Fläche um den Brunnen mit Seitenlängen von 20 m, wobei die Südostseite auf ihrer Länge mit der Südostseite des Grundstückes Fl. Nr. 134/4 zusammenfällt.
2. Die Engere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl. Nr. 137 (Tfl.), 137/3 (Tfl.), 137/4 (soweit nicht im Fassungsbereich einbezogen), 138 (Tfl.), 138/4 (Tfl.), 138/5 (Tfl.) 138/6, 146/4, 147, 150 (Tfl.), sämtl. Gemarkung Gaustadt.
3. Die Weitere Schutzzone umfasst die Grundstücke Fl. Nr. 126, 126/2 (Tfl.), 126/4 (Tfl.), 127, 127/2, 127/3, 127/6, 127/7, 128 (Tfl.), 128/9, 128/10, 137 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 137/3 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 137/5, 138 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/3, 138/4 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/5 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 138/7, 140, 141 (Tfl.), 144, 144/2, 144/3, 145, 146, 146/1, 146/2, 146/3, 146,5 mit 146,14, 146/16 mit 146/20, 146/22 mit 146/34, 149, 149/2, 149/3, 150 (soweit nicht in die Engere Schutzzone einbezogen), 151, 153, 153/1, 154/1 mit 154/8, 155, 155/1, 155/2, 155/3, 258/2 (Tfl.), 258/3, 258/4 (Tfl.), 258/5, 281 (Tfl.), 281/1 (Tfl.), 281/2 mit 281/7, 281/19 mit 281/36, 285 (Tfl.), 286 (Tfl.), 287 (Tfl.), 288/2 (Tfl.), 361 (Tfl.), 362 (Tfl.), 363, 364 (Tfl.), 365 (Tfl.), 366 (Tfl.), 367 (Tfl.), 368 (Tfl.), 369 (Tfl.), 369/2 (Tfl.), 370 (Tfl.), 371, 372, 385 (Tfl.), sämtl. Gemarkung Gaustadt.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in dem Lageplan des Vermessungsamtes Bamberg vom 19.05.1969 eingetragen. Dieser Lageplan ist als Anlage zu dieser Verordnung in der Stadt Bamberg - Untere Wasserrechtsbehörde - niedergelegt. Er kann dort während der allgemeinen Dienststunden eingesehen werden.

(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnung der in Absatz 1 genannten Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzone nicht.

(4) Der Fassungsbereich ist mit Maschendrahtzaun umzäunt und wird am Eingang durch ein Hinweisschild gekennzeichnet. Desgleichen ist auch die Engere Schutzzone, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 ***)

Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind verboten

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
1. land- und forstwirtschaftliche Nutzungen, Gartenbau			

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
1.1 jede natürliche (organische) Düngung	verboten	-	-
1.2 Güllewirtschaft mit fliegendem oder stationärem Leitungsnetz	verboten	verboten	-
1.3 landwirtschaftliche Abwasserverwertung, Abwasserlandbehandlung	verboten	verboten	verboten
1.4 Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken	verboten	verboten	-
1.5 Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Pflanzenkrankheiten	verboten	verboten, falls Dieselöl als Trägerstoff dient	-
1.6 Verwendung von Dieselöl und sonstigen chemischen Stoffen zur Vernichtung von Aufwuchs	verboten	verboten	-
1.7 Gartenbaubetriebe oder Tierzuchtfarmen zu errichten	verboten	verboten	-
2. Sonstige Bodennutzungen			
2.1 Veränderungen und Aufschlüsse der Erdoberfläche - mit Ausnahme der üblichen landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung -, insbesondere Kies-, Sand-, Torf- und Steinbrüche	verboten	verboten	verboten
3. Lagern, Ablagern und Befördern wassergefährdender Stoffe			
3.1 Müllablagerungen zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
3.2 Ablagern, Lagern und Vergraben wassergefährdender Stoffe wie Öl, Teer, Phenole, mineralöhlhaltige Stoffe, Gifte, Schädlingsbekämpfungsmittel, Tierkadaver, Unrat, Müll, industrielle	verboten	verboten	verboten, ausgenommen das Lagern derartiger Stoffe, wenn eine Gefährdung des Grundwassers (siehe Lagerverordnung) nicht zu

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
und gewerbliche Rückstände, Chemikalien			besorgen ist
3.3 Kläranlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
3.4 Versitzgruben zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone	
1	2	3	4	
3.5	Dung- oder Jauchestätten, Gärfutterbehälter und -mieten zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	-
3.6	Trockenaborte	verboten	verboten	verboten, ausgenommen als befristeter Zwischenzustand
3.7	Durchleiten von Abwasser, auch in geschlossenen Leitungen	verboten	verboten	-
3.8	Entleeren von Fäkalienwagen	verboten	verboten	verboten
3.9	Leitungen für wassergefährdende Stoffe zu errichten	verboten	verboten	verboten
3.10	Gasleitungen zu errichten	verboten	verboten	verboten
4.	Bergbau, Straßenbau, Plätze mit besonderer Zweckbestimmung			
4.1	Bergbau	verboten	verboten, wenn durch ihn gute Deckschichten zerrissen oder durch ihn Einmuldungen oder offene Wasseransammlungen herbeigeführt werden	-
4.2	Bohrungen zum Aufsuchen und Gewinnen von Erdöl, Erdgas und sonstigen Bodenschätzen	verboten	verboten	verboten
4.3	Straßen, Wege, Plätze sowie Parkplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten, sofern ihre Oberflächenwässer nicht schadlos aus der Engeren Schutzzone herausgeleitet werden können. Von dem Verbot ausgenommen sind öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt öffentliche Wege und Eigentümerwege	-
4.4	Wagenwaschen	verboten	verboten	-
4.5	Zelt- und Badeplätze			

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
einzurichten, Abstellen von Wohnwagen	verboten	verboten	-
4.6 Sportplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	-
4.7 Flugplätze, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
4.8 Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten

62.004.2

	im Fassungsbereich	in der Engeren Schutzzone	In der Weiteren Schutzzone
1	2	3	4
5. Bauliche Nutzungen, Industrie			
5.1 bauliche Anlagen, die nicht zur Wasserversorgungsanlage gehören, zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten, sofern nicht an eine Sammelentwässerung angeschlossen wird
5.2 Betriebe mit grundwassergefährdendem Abwasser oder Betriebe und Anlagen, in denen wassergefährdende Stoffe (z.B. Chemikalien, Treibstoffe, organische Abfälle) hergestellt, verarbeitet, umgesetzt oder gelagert werden, zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten, soweit die Abfälle oder Abwässer nicht gewässerunschädlich beseitigt oder aus dem Schutzgebiet herausgeleitet werden können
5.3 Erdölraffinerien und Großtanklager zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
5.4 Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und von Kernenergie zu errichten oder zu erweitern	verboten	verboten	verboten
6. Betreten	verboten, außer durch Befugte		

(2) Weitergehende Verbote oder Beschränkungen nach der Anlagenverordnung - VAwS - in der jeweils gültigen Fassung bleiben unberührt.

(3) Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser im Sinne der Nr. 5.2 des Absatzes 1 sind insbesondere die in der Anlage aufgeführten Betriebe.

§ 4 ****) Ausnahmen

(1) Die Stadt Bamberg kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn

1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahme erfordert oder

62.004.2

2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die Stadt Bamberg vom Inhaber der Ausnahmegenehmigung verlangen, dass der frühere Zustand wieder hergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der öffentlichen Wasserversorgung, erfordert.

§ 5 ***)**

Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken haben die Beseitigung und Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fällt, auf Anordnung der Stadt Bamberg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern.

§ 6 ***)**

Duldungsverpflichtungen

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der Grundstücke Fl. Nr. 126, 137, 137/4, 146/4 der Gemarkung Gaustadt haben an den in den Schutzgebietslageplänen eingezeichneten Stellen (rote Kreise) die Aufstellung, Beibehaltung und Unterhaltung von Hinweiszeichen durch die Stadt Bamberg zu dulden.

§ 7

Entschädigung

Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist hierfür nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 8 ***)**

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. einem der Verbote nach § 3 Abs. 1 und 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
 2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 41 Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße geahndet werden.

62.004.2

§ 9 *****) In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Bamberg in Kraft.

-
- *) § 1 zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - ***) § 2 zuletzt geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - ****) § 3 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - *****) § 4 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - *****) § 5 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - *****) § 6 geändert durch Verordnung vom 17.05.2004
 - *****) § 8 geändert durch Verordnung vom 30.11.2001
 - *****) § 9 betrifft die ursprüngliche Fassung

62.004.2

Anlage zu vorstehender Verordnung:

Betriebe mit wassergefährdendem Abwasser
(Zu § 3 Abs. 1 Nr. 5.2)

Akkumulatorenfabriken
Ammoniakfabriken
Atomkraftwerke
Beizereien u. a. Betriebe, die Ätzflüssigkeiten verwenden
Bleichereien
Chemische Fabriken
Erdölraffinerien, Großtanklager
Färbereien
Faserplattenwerke
Fotochemische Fabriken
Gaswerke, Kokereien,
Gasgeneratoren
Gerbereien
Gummifabriken
Holz imprägnierungswerke
Hydrierwerke
Isotopenbetriebe
Kaliwerke, Salinen
Kunststoff-Fabriken
Lederfabriken, Lederfärbereien
Mineralfarbenfabriken
Mineralölwerke
Schwefelsäurefabriken
Schwelereien
Sodafabriken
Sprengstoff-Fabriken
Teerfarbenfabriken
Textilfabriken (außer Trockenbetrieben), auch Fabriken für synthetische Textilfasern
Verzinkereien
Waschmittelfabriken
Wäschereien
Weißblechwerke
Zellulose-Fabriken
Zuckerfabriken
und Betriebe, die eine der genannten Fertigungen als Nebenbetrieb enthalten.

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg, Stadtteil Gaustadt, für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteils Gaustadt, Tiefbrunnen III bis V

Vom 17.05.2004

(Rathaus Journal - Amtsblatt der Stadt Bamberg - vom 04.06.2004 Nr. 12)

Inhaltsübersicht

- § 1 Allgemeines
- § 2 Schutzgebiet
- § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen
- § 4 Ausnahmen
- § 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen
- § 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes
- § 7 Kontrollmaßnahmen
- § 8 Entschädigung und Ausgleich
- § 9 Ordnungswidrigkeiten
- § 10 In-Kraft-Treten
- Anlage 1 Lageplan
- Anlage 2 Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

Die Stadt Bamberg erlässt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl I S. 3245) in Verbindung mit Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.07.1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.07.2003 (GVBl S. 482), folgende Verordnung:

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für den Stadtteil Gaustadt wird in der Stadt Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus
3 Fassungsbereichen,

3 engeren Schutzzonen und

1 gemeinsamen weiteren Schutzzone für die Tiefbrunnen III, IV und V.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan (M 1 : 5.000), der Bestandteil der Verordnung ist. Für die genaue Grenzziehung ist ein Lageplan im Maßstab 1 : 2.000 maßgebend, der bei der Stadt Bamberg niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft jeweils auf der gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der gekennzeichneten Linie.

Die **Fassungsbereiche (Zone I)** befinden sich jeweils auf einer Teilfläche der Flur Nummer 546, Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg).

Die **engere Schutzzone (Zone II)** umfasst folgende Grundstücke:

Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 546

Gemarkung Gaustadt (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 103/70.

Die **weitere Schutzzone (Zone III)** umfasst folgende Grundstücke:

Gemarkung Gaustadt (Stadt Bamberg)

Fl.-Nr. 103/38, 103/39, 103/40, 103/41, 103/42, 103/43, 103/44, 103/45, 103/46, 103/47, 103/48, 103/49, 103/50, 103/51, 103/52, 103/89, 103/53, 103/54 (Teilfläche), 103/1 (Teilfläche), 103/70 (Teilfläche), 103/88, 103/96, 161 (Teilfläche), 162 (Teilfläche), 163, 166, 167, 168, 165, 165/1, 165/2, 166/1, 166/2, 176, 177/2, 177/3, 175, 174, 173, 170, 169, 169/2, 280/2 (Teilfläche), 181, 181/2, 181/3, 181/4, 181/5, 181/6, 181/7, 181/8, 180, 182, 183, 183/1, 183/2, 179, 178, 177, 184, 185, 186.

Gemarkung Wildensorg (Stadt Bamberg), Teilfläche von Flur Nr. 546

Gemarkung Bamberg (Stadt Bamberg), Fl.-Nr. 3362 (Teilfläche), 3363, 3364, 3365, 3366, 3369, 3324/2 (Teilfläche).

(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(4) Die Fassungsbereiche sind durch eine Umzäunung, die weitere Schutzzone ist, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich zu machen.

62.003.2

§ 3

Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
1	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzungen			
1.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist und sonstigen seuchenhygienisch bedenklichen Stoffen	verboten		nur zulässig wie bei Nr. 1.2, die Sperrfristen gelten nicht für Festmist
1.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern	verboten	nur zulässig wenn die Stickstoffdüngung in zeit-, standort- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere also nicht <ul style="list-style-type: none"> • auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau • auf Grünland, sowie auf Ackerland bei Anbau von Ackerfutter, Winterraps, Wintergerste, Roggen und Triticale <div style="text-align: right; margin-right: 20px;"> vom 31.10. bis 15.02. vom 15.10. bis 15.02. </div> <ul style="list-style-type: none"> • auf Ackerland • auf allen übrigen Flächen einschließlich Brachland • auf tiefgefrorenem, schneebedecktem oder wassergesättigtem Boden 	
1.3	Lagern und Ausbringen von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm und Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten		
1.4	befestigte Dungstätten zu errichten oder zu erweitern 1)	verboten		nur zulässig mit Ableitung der Jauche in einen dichten Behälter
1.5	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern 1)	verboten		nur zulässig mit Leckageerkennung oder gleichwertiger Kontrollmöglichkeit der gesamten Anlage
1.6	Lagern von Wirtschaftsdünger	verboten		nur zulässig

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
	oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen			sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt und zudem bei Festmistlagerung mehr als 50 cm Lehmboden am Standort vorhanden ist
1.7	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern 1)		verboten	nur zulässig mit Ableitung der Gär- und Sickersäfte in dichte Behälter
1.8	Gärfutterbereitung außerhalb ortsfester Anlagen		verboten	nur zulässig für Ballensilage
1.9	Stallungen zu errichten oder zu erweitern 1)		verboten	nur zulässig gemäß Anlage 2 Ziff. 1

Zu Ausnahmen im Einzelfall vgl. § 4

1) Es wird auf Anhang 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung - VAwS -) hingewiesen, der Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält.

Darüber hinaus sind insbesondere Musterpläne im Katalog wasserwirtschaftlicher Anforderungen an Anlagen zum Lagern von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften (Anforderungskatalog JGS-Anlagen) der Obersten Baubehörde enthalten.

62.003.2

entspricht Zone		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
		W I	W II	W III
1.10	Freilandtierhaltung im Sinne von Anlage 2 Ziff. 2	verboten		<p>nur zulässig</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn die Ernährung der Tiere im wesentlichen aus den genutzten Weideflächen erfolgt und - wenn die Grasnarbe nicht langfristige und großflächig verletzt wird und - wenn die Futter- und Tränkeplätze regelmäßig gewechselt werden und die Grasnarbe wiederhergestellt wird
1.11	Beweidung	verboten		zulässig
1.12	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	verboten	<p>nur zulässig</p> <p>mit schlagbezogenen Aufzeichnungen der Maßnahmen und wenn neben den Vorschriften des Pflanzenschutzrechts auch die Gebrauchsanleitungen beachtet werden. Nicht erlaubt sind terbutylazinhaltige Präparate</p>	
1.13	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten		
1.14	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	verboten		<p>nur zulässig</p> <p>bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität</p>
1.15	Nasskonservierung von Rundholz	verboten		<p>nur zulässig</p> <p>bei Anfall von Kalamitätsholz</p>
1.16	Gartenbaubetriebe oder Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		verboten

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
1.17	Besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2 Ziff. 3 neu anzulegen oder zu erweitern	verboten		verboten
1.18	Landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	verboten	nur zulässig für Unterhaltungsmaßnahmen	nur zulässig - für Unterhaltungsmaßnahmen und - für Bedarfsdrainierung auf Ackerflächen im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4
1.19	Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme gem. Anlage 2 Ziff. 5	verboten	nur bis zu 1000 m² zulässig Bei Verjüngungsmaßnahmen Begründung stand-ortgerechter Mischwälder erforderlich	nur bis zu 5.000 m² zulässig , ausgenommen Kalamitätsnutzungen nach vorheriger Anzeige bei der Kreisverwaltungsbehörde, bei kahlschlagartigen Maßnahmen un-terhalb dieser Höchstfläche ist die umgehende Begründung stand-ortgerechter Mischwälder erforderlich
1.20	Rodung im Sinne von Anlage 2 Ziff. 5	verboten		
1.21	Winterfurche	verboten		nur zulässig sofern fruchtfolgebedingt weder eine Frühjahrsfurche noch Mulchsaat möglich ist. Soweit pflanzenbaulich nötig darf Winterfurche erst ab dem 01.11. erfolgen. Auf das Düngeverbot unter Nr. 1.2 wird verwiesen.
1.22	ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	verboten	erforderlich soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Beim Anbau von Mais und Sonnenblumen sollte grundsätzlich Mulchsaat erfolgen.	

62.003.2

		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W I	W II	W III
2.	bei sonstigen Bodennutzungen (soweit nicht unter den Nrn. 3 bis 6 geregelt)			
2.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, insbesondere Fischeiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche	verboten	nur zulässig zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- u. forstwirtschaftlichen Nutzung bzw. Bodenuntersuchungen für Düngeberatungen	
2.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen	verboten		
3.	bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen			
3.1	Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe nach § 19 a WHG zu errichten oder zu erweitern	verboten		
3.2	Anlagen nach § 19 g WHG zum Herstellen, Behandeln oder Verwenden von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	verboten		

62.003.2

entspricht Zone		im Fassungsbereich	in der engeren Schutzzone	in der weiteren Schutzzone
		W I	W II	W III
3.3	Anlagen nach § 19 g WHG zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern 2)	verboten		<p>nur zulässig für Anlagen im üblichen Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • bis 20 l für Stoffe der Wassergefährdungsklasse 3 (z.B. Benzin) • bis 50 l Altöl bei landwirtschaftlichen Maschinen • bis 10.000 l für Stoffe bis Wassergefährdungsklasse 2 (z.B. Heizöl)
3.4	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19 g Abs. 5 WHG, auch Pflanzenschutzmitteln, außerhalb von Anlagen nach Nrn. 3.2 und 3.3 (ohne Nr. 1.12) 2)	verboten		<p>nur zulässig für kurzfristige Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in zugelassenen Transportbehältern bis zu je 50 Litern, deren Dichtheit kontrollierbar ist</p>

2) bezüglich Wassergefährdungsklasse siehe VwVwS in der jeweils aktuellen Fassung

3.5	Abfall im Sinne der Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände zu behandeln, zu lagern oder abzulagern	verboten		<p>nur zulässig für die Bereitstellung in geeigneten Behältern oder Verpackungen zur regelmäßigen Abholung (auch Wertstoffhöfe)</p>
3.6	Betrieb von kerntechnischen Anlagen im Sinne des Atomgesetzes	verboten		
3.7	genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten		

62.003.2

4.	bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen		
4.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.2	Regen- u. Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.3	Trockenaborte	verboten	nur zulässig wenn vorübergehend und mit dichtem Behälter ausgestattet
4.4	Ausbringen von Abwasser	Verboten	

62.003.2

4.5	Anlagen zur Versickerung von Abwasser (einschließlich Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpen) zu errichten oder zu erweitern	verboten		
4.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern	verboten		nur zulässig zur Versickerung über die belebte Bodenzone, sofern es sich nicht um gewerbliche Anlagen und Metalldächer handelt
4.7	Anlagen zum Durchleiten oder Ableiten von Abwasser zu errichten oder zu erweitern 3)	verboten		nur zulässig wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch geeignete Verfahren überprüft wird
5.	bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Untertagebergbau			
5.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig bei öffentlichen Feld- und Waldwegen, beschränkt öffentlichen Wegen, Eigentümerwegen und Privatwegen bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers	nur zulässig bei Beachtung der Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag), eingeführt mit IMBek v. 28.05.82 (MABl S. 329), in der jeweils geltenden Fassung; ansonsten nur zulässig wie in Zone W II
5.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		
5.3	zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau wassergefährdende, auswasch- oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zu verwenden	verboten		

3) siehe hierzu insbesondere ATV-Merkblatt A 142 sowie ATV-Hinweis H 146

62.003.2

5.4	Bade- und Zeltplätze zu errichten oder zu erweitern, Camping aller Art	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 4.7
5.5	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 4.7; verboten für Tontaubenschießanlagen
5.6	Sportveranstaltungen durchzuführen	verboten	verboten - für Großveranstaltungen außerhalb von Sportanlagen - für Motorsport
5.7	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	
5.8	Flugplätze einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu betreiben, zu errichten oder zu erweitern	verboten	

62.003.2

5.9	militärische Übungen durchzuführen	verboten	nur zulässig ist das Durchfahren auf klassifizierten Straßen
5.10	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	verboten	zulässig
5.11	Untertagebergbau, Tunnelbauten	verboten	
5.12	Durchführung von Bohrungen	verboten	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe
5.13	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen ohne land-, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung sowie zur Unterhaltung von Verkehrswegen	verboten	
5.14	Düngen mit mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 1.2)	verboten	nur zulässig, wenn die zeit- und bedarfsgerechte Düngung nachprüfbar dokumentiert wird
5.15	Beregnung	verboten	nur zulässig bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität
6.	bei baulichen Anlagen allgemein		
6.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig - wenn Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 4.7, - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt, - wenn die Schutzfunktion der Deckschichten im wesentlichen erhalten bleibt.
6.2	Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung	verboten	
7.	Betreten	verboten	zulässig

62.003.2

(2) Die Verbote des Absatzes 1 Nummern 4.6, 6.1 und 7 gelten nicht im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist.

§ 4 Ausnahmen

- (1) Die Stadt Bamberg kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn
 1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder
 2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.
- (2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die Stadt Bamberg vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung der Stadt Bamberg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 19 Abs. 3, § 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7

Kontrollmaßnahmen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte der Stadt Bamberg und durch das Personal des Wasserversorgungsunternehmers zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.

(2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte der Stadt Bamberg und durch Personal des Wasserversorgungsunternehmers zu dulden.

§ 8

Entschädigung und Ausgleich

(1) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung eine Enteignung darstellt, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 19 Abs. 3, § 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergehende Anordnung die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung beschränken, ist für die dadurch verursachten Nachteile ein angemessener Ausgleich gemäß § 19 Abs. 4 WHG und Art. 74 Abs. 6 BayWG zu leisten.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig,

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen,
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach §§ 5 und 7 nicht duldet.

§ 10

In-Kraft-Treten

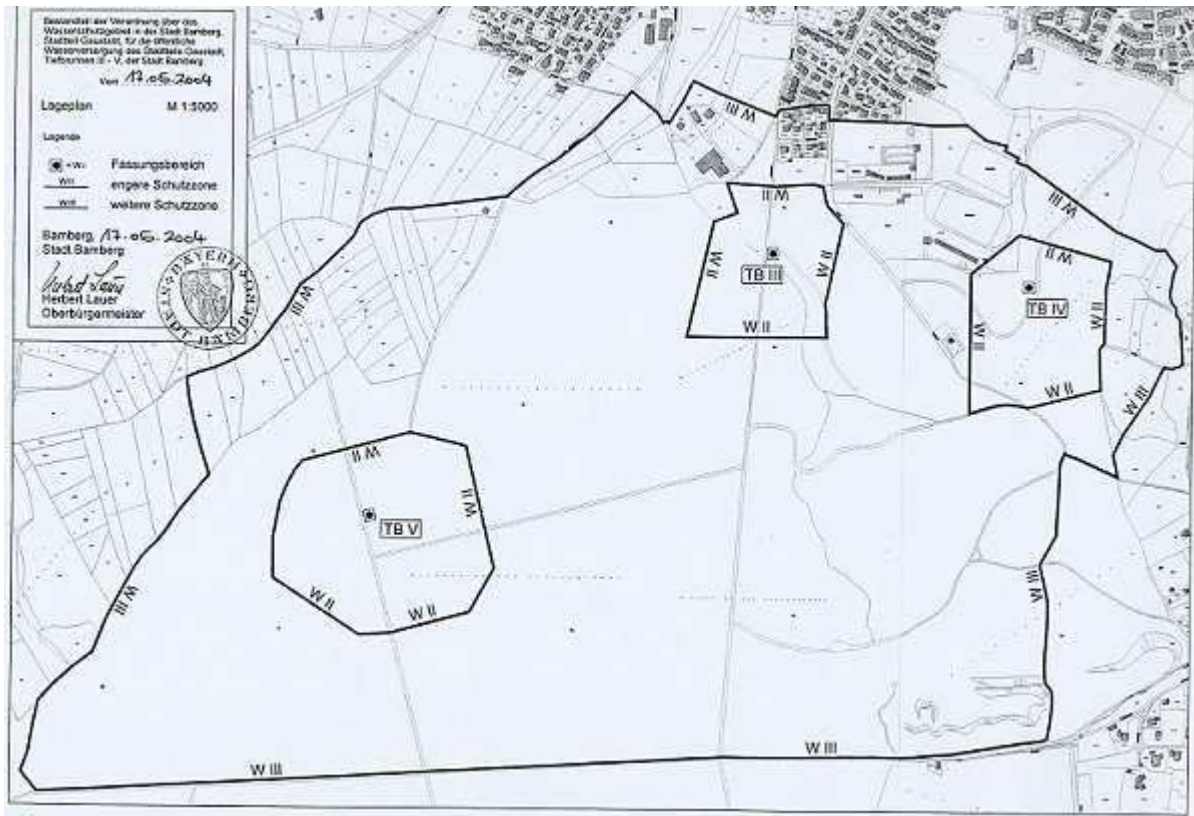
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Rathaus Journal der Stadt Bamberg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der Stadt Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt

62.003.2

Bamberg für die öffentliche Wasserversorgung des Stadtteiles Gaustadt vom 26.04.1980 mit Änderung außer Kraft.

62.003.2

Anlage 1



veränderter Maßstab

62.003.2

Anlage 2 Maßgaben zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

1. Stallungen

- Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf VAwS Anhang 5 hingewiesen.
- Zu den jährlichen Dichtheitsprüfungen von Gülle- bzw. Jauchekanälen ist eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend VAwS Anhang 5 Nr. 4.2. vorzusehen.
- Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind flüssigkeitsundurchlässig auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung insbesondere auf Risse zu kontrollieren.
- Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu höchstens 40 Dungeinheiten zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind (1 Dungeinheit entspricht dem Anfall von 80 kg Stickstoff pro Jahr).

40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:

- | | | | |
|-------------------------------------|--------------|--------------|----------|
| • Milchkühe
1,0 DE) | 40 Stück | (1 Stück = | |
| • Mastbullen
0,62 DE) | 65 Stück | (1 Stück = | |
| • Zuchtschweine mit Ferkeln
DE) | 90 Stück | (1 Stück = | 0,45 |
| • Mastkälber, Jungmastrinder
DE) | 150 Stück | (1 Stück = | 0,27 |
| • Mastschweine
0,13 DE) | 300 Stück | (1 Stück = | |
| • Legehennen, Mastputen | 3.500 Stück | (100 Stück = | 1,14 DE) |
| • sonstiges Mastgeflügel | 10.000 Stück | (100 Stück = | 0,4 DE). |

2. Freilandtierhaltung

liegt vor, wenn die Tiere über längere Zeiträume (ganzjährig oder saisonal) auf einer bestimmten Freilandfläche gehalten werden.

3. Besondere Nutzungen

sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzungen:

62.003.2

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Zierpflanzenanbau
- Christbaumkulturen

4. Bedarfsdrainierung

Bedarfsdrainierung ist bis zu einer max. Flächenwirkung von 2.000 m² zulässig. Eine Bedarfsdrainierung besteht im Regelfall aus einem Hauptsammler und beidseitig max. 4 bis 5 Saugsträngen. Unterhaltungsmaßnahmen bei bereits bestehenden Bedarfsdrainierungen können die angegebenen Obergrenzen überschreiten.

5. Wald- und Forstnutzung

5.1 Der Kahlschlag

ist eine Hiebsform, bei der auf einer gegebenen Fläche alle aufstockenden Bäume in einem oder wenigen einander in kurzen Intervallen folgenden Hieben entnommen werden. Dadurch geht der Waldcharakter verloren und es treten Freiflächenbedingungen hervor.

5.2. Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme

ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und ebenfalls Freiflächenbedingungen hervortreten.

Die Folge ist in beiden Fällen eine **Beschleunigung des Abbaus von organischer Substanz** im und auf dem Boden, so dass das Nährstoffangebot plötzlich den Bedarf des verbleibenden Bewuchses erheblich übersteigt und auch von der sich einstellenden nitrophilen Schlagflora nicht mehr aufgenommen werden kann.

Werden die Flächen oder Streifen so klein, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert, spricht man nicht mehr von einem Kahlschlag. Diese Art des Vorgehens wird **Femel- oder Saumschlag** genannt.

Als überschlägiges Maß für den Durchmesser oder die Breite solcher Flächen wird die **Höhe des angrenzenden Altbestandes** angenommen.

Ein Kahlflächenklima wird auch dann verhindert, wenn genügend alte Laubbäume relativ gleichmäßig verteilt über der Fläche stehen bleiben. Diese Art des Vorgehens nennt man **Schirmschlag**.

62.003.2

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere *benachbarte Waldbesitzer* Hiebe durchführen, die erst in der Summe zu den bereits genannten Freiflächenbedingungen führen. Des Weiteren handelt es sich bei *mehreren Hiebsmaßnahmen eines Waldbesitzers*, die in der Summe die Flächengrenzwerte der Verordnung überschreiten, jedoch nicht im räumlichen Zusammenhang stehen (bei der Besitzersplitterung), nicht um Kahlschlag.

5.3 Als Rodung

bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG).

Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

6. Als Dauergrünland

gelten Flächen, die nach ihren Standortbedingungen nur für Grünlandnutzung geeignet sind.

GESAMTAUSGABE

Text der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödeldorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg

vom 31. Oktober 2011
unter Berücksichtigung der Änderungsverordnungen
vom 20. April 2012 und vom 15. Mai 2019

Das Landratsamt Bamberg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1. Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585) geändert mit Gesetz vom 6. Oktober 2011 (BGBl. I 2011, S. 1986), i. V. mit Art. 31 Abs. 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66), folgende

Verordnung

§ 1 Allgemeines

Zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg wird in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödeldorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus

8 Fassungsbereichen (W I),
6 Engeren Schutzzonen (W II) und
2 Weiteren Schutzzonen A (W III A) und
2 Weiteren Schutzzonen B (W III B).

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in einer Karte im Maßstab 1 : 50.000, die als **Anlage 1** Bestandteil der Verordnung ist, grob umschrieben.

(3) Für die genaue Grenzziehung des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind Lagepläne im Maßstab 1 : 5.000 und für den Bereich der Kernorte Strullendorf und Hirschaid zusätzlich Lagepläne im Maßstab 1 : 1.000 maßgeblich, die beim Landratsamt Bamberg, der Stadt Bamberg und in den Gemeindegemeinschaften Strullendorf, Hirschaid sowie Litzendorf niedergelegt sind und auf die Bezug genommen wird. Sie können während der Dienststunden dort eingesehen werden.

Die verschiedenen Schutzzonen sind in diesen Lageplänen unterschiedlich farblich markiert.

Diese Lagepläne im Maßstab 1 : 5.000 (**Anlage 2 a - c**) und 1 : 1.000 (**Anlage 3 a - d**) sind gleichfalls Bestandteile dieser Verordnung.

- (4) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke oder Grundstücksteilflächen berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.
- (5) Die Fassungsbereiche (W I) sind durch eine Umzäunung oder vergleichbare Abgrenzungen, soweit erforderlich an den Zufahrten/Zuwegungen mit Schranken und Hinweiszeichen gekennzeichnet.

Die Engeren Schutzzonen (W II) und die Weiteren Schutzzonen (W III A und W III B) sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

- (1) In den **Fassungsbereichen (W I)** sind sämtliche im Abs. 2 unter den Ziffern 1 bis 6 aufgeführten Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
- (2) Es sind weiterhin

entspricht Zone		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
		W II	W III A	W III B
1	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzungen (einschließlich Hausgärten, für diese sind nur die Ziffern 1.1, 1.2 und 1.3 zu beachten)			
1.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist und sonstigen seuchen-hygienisch bedenklichen Stoffen	verboten	nur zulässig wie bei Ziffer 1.2	
1.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern	<p style="text-align: center;">nur zulässig</p> <p>wenn die Stickstoffdüngung in zeit- u. bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere also nicht</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau, - auf Grünland vom 1.11. bis 15.2. (ausgenommen Festmist in Zone WIII A/B); der <u>Beginn</u> der Sperrfrist verschiebt sich in der Zone WIIIB um einen Zeitraum gleicher Länge, wie der Beginn der Kernsperrfrist nach § 4 Abs. 4 Satz 2 der Düngeverordnung durch Anordnung der zuständigen Behörde für Grünland im Landkreis Bamberg und in der Stadt Bamberg verschoben wird - auf Ackerland vom 1.10. bis 15.2., bei Anbau von Wintergerste, Roggen, Triticale und Winterraps ab 15.10. (ausgenommen Festmist in Zone W III A/B). <p>Die erste N-Düngung zu Spargel ist nur nach vorhergehender N_{min}-Bodenuntersuchung zulässig.</p>		
1.3	Lagern und Ausbringen von Klärschlamm, Fäkalschlamm sowie klärschlammhaltigen Düngemitteln	verboten		
1.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft und Festmist zu errichten oder zu erweitern *)	verboten	<p style="text-align: center;">nur zulässig</p> <p>mit Leckageerkennung der gesamten Anlagen einschließlich Zuleitungen oder mit gleichwertiger Kontrollmöglichkeit nach Genehmigung durch die Kreisverwaltungsbehörde</p>	

*) Zu Befreiungen im Einzelfall vgl. § 4 und Anlage 4, Ziffer 1.3 der Verordnung
Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften“ (JGS-Anlagen) der Anlagenverordnung (VAwS) hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält.
Musterpläne sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich.

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
1.5	Lagern von Wirtschaftsdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	verboten	nur zulässig - für Kalkdünger - für Mineraldünger und Schwarzkalk, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt - für Festmist, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt und wenn mehr als 50 cm Lehmboden am Standort vorhanden ist - für sonstigen Wirtschaftsdünger, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt	
1.6	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern *)	verboten	nur zulässig mit Ableitung der Gär- und Sickersäfte in dichte Behälter	
1.7	Gärfutterbereitung außerhalb von ortsfesten Anlagen	verboten	nur zulässig in dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage	
1.8	Stallungen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig gem. Anlage 4 Ziffer 1	
1.9	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	verboten	nur zulässig, wenn die Grasnarbe nicht flächig verletzt wird (siehe Anlage 4, Ziffer 2) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind	
1.10	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln	nur zulässig, wenn die Vorschriften des Pflanzenschutzrechts beachtet werden verboten sind terbuthylazinhaltige Präparate		
1.11	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten		
1.12	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	verboten, ausgenommen bestehende Bewässerungen der Flnrn. 4400/12, 4400/10, 4400/8, 4400/7, 4400/6, 4400/5, 4400/4, 4427, 4428, 4429, 4431, 4432, 4433 Gem. Bamberg (Beregnungsverband Bamberg Süd) nach Maßgabe der für die W III A/B geltenden Anforderungen, sowie Tröpfchenbewässerung bei Spargel	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 80 % der nutzbaren Feldkapazität. Bei Neuanpflanzungen (z. B. Salat) kann dieser Wert auch überschritten werden.	
1.13	Nasskonservierung von Rundholz	verboten		nur zulässig bei Beregnung von unbehandeltem Holz in Holzpoltern bis zu 2000 Festmetern
1.14	Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		zulässig
1.15	besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 4, Ziffer 3 neu anzulegen oder zu erweitern	verboten		zulässig
1.16	Landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen		
1.17	Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme, Rodung (siehe Anlage 4, Ziffer 4)	verboten	nur zulässig für Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme bis zu 5000 m ² (ausgenommen bei Kalamitäten) bei umgehender Begründung von standortgerechtem Mischwald; im Übrigen verboten	

*) Zu Befreiungen im Einzelfall vgl. § 4 und Anlage 4, Ziffer 1.3 der Verordnung

Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften“ (JGS-Anlagen) der Anlagenverordnung (VAwS) hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Musterpläne sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich.

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
1.18	Winterfurche	nur zulässig , wenn dies fruchtfolgebedingt unvermeidbar ist und nach dem 15.11. erfolgt		nur zulässig , wenn dies fruchtfolgebedingt unvermeidbar ist und nach dem 01.11. erfolgt
1.19	Ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich , soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Die Zwischenfrucht vor Mais oder Sonnenblumen darf somit erst nach dem 31. März eingearbeitet werden.		
2	bei sonstigen Bodennutzungen oder Eingriffen in den Untergrund (soweit nicht unter den Ziffern 3 bis 6 geregelt)			
2.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche (auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird) vorzunehmen oder zu erweitern, insbesondere Fischteiche, Steinbrüche, Kies-, Sand- und Tongruben	nur zulässig zur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen		nur zulässig , wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch <u>nicht wesentlich</u> (siehe Anlage 4, Ziffer 5) gemindert wird
2.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	verboten	nur zulässig im Zuge von Baumaßnahmen, wenn der ursprüngliche Aushub oder nachweislich unbelasteter Boden ohne Fremdbestandteile verwendet und die Bodenaufgabe wiederhergestellt wird (siehe Anlage 4, Ziffer 6)	
2.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Ziffern 1.16, 3.1 und 4.7)	verboten ausgenommen für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen an den bestehenden Leitungen des Bewässerungsverbandes Bamberg Süd nach Maßgabe von Anlage 4, Ziffer 7	zulässig	
2.4	Durchführung von Bohrungen	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe	nur zulässig für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe und für Bohrungen im Zusammenhang mit baulichen Anlagen (Ziffer 6.1)	
2.5	Untertägige Eingriffe, z. B. Tunnelbauten	verboten		
3	bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 4, Ziffer 8)			
3.1	Rohrfernleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 9)	verboten		
3.2	Anlagen nach § 62 Abs.1 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern (siehe Anlage 4, Ziffer 10)	verboten	nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffer 10.1 für Anlagen im üblichen Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. ein Jahresbedarf); im Übrigen nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffern 10.2 und 10.3 im Bereich von Industrie und Gewerbe (max. ein Jahresbedarf)	nur zulässig entsprechend Anlage 4, Ziffer 10.1

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
3.3	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 Abs. 3 WHG, auch Pflanzenschutzmitteln, außerhalb von Anlagen nach Nr. 3.2 (siehe Anlage 4, Ziffer 11)	verboten	nur zulässig - für die Bereitstellung von Stoffen bis WGK 2 in zugelassenen Behältern bis 200 Liter, deren Dichtheit kontrollierbar ist - für bereits vorhandene Betriebe (einschließlich genehmigter Erweiterungen) die innerbetriebliche Beförderung wassergefährdender Stoffe, wenn die Anforderungen nach Anlage 4, Ziffer 11.2 eingehalten werden	
3.4	Abfall im Sinne der Abfallgesetze und bergbauliche Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfall fällt unter die Ziffern 3.2 und 3.3)	verboten		
3.5	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten	nur zulässig für medizinische Zwecke	
4	bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen			
4.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläranlagen (unter Beachtung von Ziffer 6.1)	verboten	zulässig nur bauartzugelassene Kleinkläranlagen in monolithischer Bauweise mit biologischer Reinigungsstufe	nur zulässig mit biologischer Reinigungsstufe wenn die Dichtheit und Standsicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Bauabnahme sichergestellt ist
4.2	Regen- und Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten		
4.3	Trockenaborte zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	
4.4	Ausbringen von Abwasser	verboten	nur zulässig für gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung	
4.5	Anlagen zur Versickerung oder Versenkung von Abwasser (einschließlich Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpen) zu errichten oder zu erweitern	verboten		
4.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers, sowie des von Hofflächen und Pkw-Stellplätzen in Wohngebieten abfließenden Wassers, zu errichten oder zu erweitern (auf die Erlaubnispflichtigkeit nach § 8 Abs. 1 WHG i. V. m. § 1 NWFreiV wird hingewiesen)	verboten	nur zulässig bei breitflächiger Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen *) verboten für gewerbliche Anlagen und für kupfer-, zink- oder bleigedachte Dächer	zulässig
4.7	Anlagen zum Durchleiten oder Ableiten von Abwasser zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder ein anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird	

*) siehe ATV-DVWK-Merkblatt M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
	entspricht Zone	W II	W III A	W III B
5	bei Verkehrswegebau, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, sonstigen Handlungen			
5.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege bei Erhaltung der Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung und breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers	nur zulässig, wenn - die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung nicht wesentlich gemindert wird und - die Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden (Dichtheitsprüfung von Rohrleitungen zum Ableiten von Straßenabwässern wie Ziffer 4.7) ansonsten zulässig wie in der Engeren Schutzzone W II	
5.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten		
5.3	zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau wassergefährdende auswasch- oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zu verwenden	verboten		
5.4	Bade- und Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Ziffer 4.7	
5.5	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Ziffer 4.7 verboten für Tontaubenschießanlagen und Motorsportanlagen	
5.6	Großveranstaltungen durchzuführen	verboten	nur zulässig innerhalb von Sportanlagen oder vergleichbaren Plätzen mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und befestigten Parkplätzen verboten für Motorsport	
5.7	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten		zulässig
5.8	Flugplätze einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten		
5.9	Militärische Übungen durchzuführen	nur zulässig ist das Durchfahren auf klassifizierten Straßen		
5.10	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	verboten	zulässig	
5.11	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (ohne Ziffer 1.10) auf Freilandflächen, die nicht land-, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	verboten		auf das grundsätzliche Verbot nach § 6 Abs. 2 PflSchG wird hingewiesen
5.12	Düngen mit mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Ziffer 1.2)	nur zulässig, wenn zeit- und bedarfsgerecht gedüngt wird		

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
5.13	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	verboten , ausgenommen bestehende Bewässerungen auf Flnrn. 3125/19, 3125/54, 3125/10 (TSG 05) und 3126/10, 3126/9 (Ballspielclub BSC), Gem. Bamberg nach Maßgabe der für die W III A/B geltenden Anforderungen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 80 % der nutzbaren Feldkapazität. Bei Neuanpflanzungen / Neuansaat kann dieser Wert auch überschritten werden.	
6	bei baulichen Anlagen allgemein			
6.1	Bauliche Anlagen (siehe Anlage 4 Ziffer, 12.1) zu errichten oder zu erweitern	verboten	nur zulässig , - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand (siehe Anlage 4, Ziffer 12.2) liegt <u>und</u> - wenn das Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Ziffer 4.7; (für rechtmäßig bestehende privilegierte Betriebe im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr.1 und 2 BauBG gilt die unter Ziffer 4.1 für die W III A getroffene Regelung) <u>oder</u> wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt (Niederschlagswasser siehe Ziffer 4.6) Sofern beim Auffüllen zusätzliches Material erforderlich ist, ist Ziffer 2.2 zu beachten	nur zulässig , - wenn die Gründungssohle über dem höchsten Grundwasserstand (siehe Anlage 4, Ziffer 12.2) liegt <u>und</u> - wenn das Abwasser in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Ziffer 4.7; (für bestehende privilegierte Betriebe im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr.1 und 2 BauBG gilt die unter Ziffer 4.1 für die W III A getroffene Regelung) <u>oder</u> wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt (Niederschlagswasser siehe Nr. 4.6) Sofern beim Auffüllen zusätzliches Material erforderlich ist, ist Ziffer 2.2 zu beachten. zulässig sind nach vorheriger Anzeige bei der Kreisverwaltungsbehörde (§ 49 WHG, Art. 30 BayWG) <u>nur geschlagene</u> Brunnen (siehe Anlage 4, Ziffer 12.3) zulässig sind Erdwärmesonden nach vorheriger Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde, wenn das zweite Grundwasserstockwerk nicht erbohrt wird und wenn kein gespanntes Grundwasser zu erwarten ist.

		in der Engeren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone	in der Weiteren Schutzzone
entspricht Zone		W II	W III A	W III B
6.2	Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung	verboten	verboten Ausgenommen hiervon ist die Ausweisung neuer Baugebiete in Bereichen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes Bamberg vom 31. Oktober 2011 (Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Bamberg Nr. 9/2011 vom 11. November 2011, Seite 76 - 91 und im Amtsblatt der Stadt Bamberg Nr. 23/2011 vom 11. November 2011, Seite 16 - 27) in Flächennutzungsplänen der Gemeinde Strullendorf und des Marktes Hirschaid als Baulandfläche dargestellt sind. Dies betrifft: - in Strullendorf den Bereich nördlich der Südanbindung zwischen der Staatsstraße 2244, der Industriestraße, dem Auweg und der Bahntrasse laut Flächennutzungsplan vom 30. Januar 1976 sowie die baugebietliche Ausweisung der Südanbindung selbst (Verlauf Südanbindung laut Anlage 4, Ziffer 13), - in Hirschaid das Gewerbegebiet Hirschaid-Nord im Bereich der Ostumgehung (Nachverdichtung) laut Flächennutzungsplan-Änderung vom 10. August 1983 und 9. März 1987.	zulässig

- (3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und Absatzes 2 gelten hinsichtlich der Ziffern 4.6 und 6.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

§ 4 Befreiungen

- (1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten, Beschränkungen und Handlungspflichten des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG. Demnach kann die örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.
- (2) Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, es erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg (je nach örtlicher Zuständigkeit) zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 bis 98 WHG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen der Fassungsgebiete und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Kontrollmaßnahmen

- (1) Das Schutzgebiet ist regelmäßig zu überwachen und die Zone W II mindestens vierteljährlich zu begehen. Die Einhaltung des Gülleausbringungsverbots ist durch monatliche Begehung der Zone W II zu kontrollieren. Darüber hinaus sind die Zonen W III A und W III B mindestens einmal pro Jahr zu begehen.
- (2) Festgestellte Verstöße gegen die Anordnungen der Schutzgebietsverordnung sind in das Betriebstagebuch einzutragen und in den Jahresbericht aufzunehmen. Sofern eine Mängelbeseitigung nicht erreicht werden kann, sind das Landratsamt Bamberg und das Wasserwirtschaftsamt Kronach zu informieren.
- (3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg und durch das Betriebspersonal des Wasserversorgungsunternehmers zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.
- (4) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamtes Bamberg bzw. der Stadt Bamberg und durch das Betriebspersonal des Wasserversorgungsunternehmers zu dulden.

§ 8 Entschädigung und Ausgleich

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG i. V. m. §§ 96 bis 98 WHG Entschädigung zu leisten.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- oder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten Nachteile ein angemessener Ausgleich nach § 52 Abs. 5 WHG i. V. m. Art. 32 i. V. m. Art. 57 BayWG zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht nach Absatz 1 besteht.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

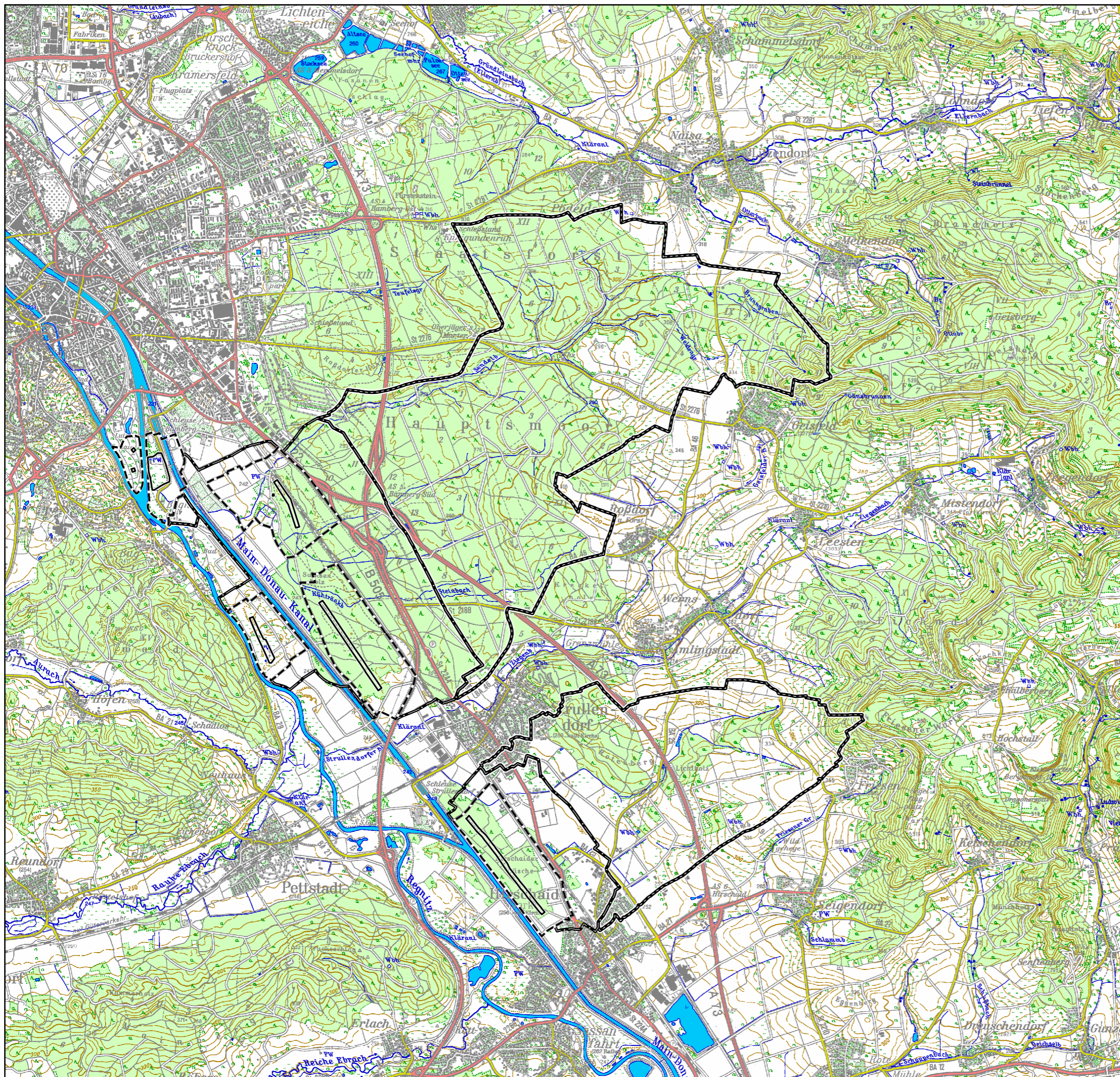
Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG und Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot, einer Beschränkung oder einer Handlungsverpflichtung nach § 3 Abs. 1 oder 2 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen,
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach §§ 5 und 7 nicht duldet.

Hinweis zum Inkrafttreten

Die Gesamtfassung dieser Verordnung vom 31. Oktober 2011 unter Berücksichtigung der Änderungsverordnungen vom 20. April 2012 und vom 15. Mai 2019 trat am 15. Juni 2019 in Kraft.

Die Verordnung der Stadt Bamberg vom 22. Februar 1960 mit Änderungsverordnungen vom 25. Januar 1963, 13. August 1964, 19. März 1974 und 30. November 2001 sowie die Verordnung vom 22. Dezember 1964 mit Änderungsverordnungen vom 19. März 1974 und 30. November 2001 traten am 1. Dezember 2011 außer Kraft.



Anhang A der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

Anlage 1:
 Lageplan M = 1 : 50.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom ...15.05.2019.....
 Az. 42.2-642/3-Nr. 75/89, zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptsmoor) und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amlingstadt, Geisfeld, Roßdorf am Forst, Wernsdorf, Hauptsmoor, Geisberger Forst), Hirschaider Büsche (Gemarkungen Hirschaider Büsche, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Naisa, Pödelndorf) sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Hauptsmoor und Geisberger Forst des Landkreises Bamberg zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Bamberg, ...15.05.2019.....
 Landratsamt

Johann Kalb
 Landrat

Legende

- Fassungs-bereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)

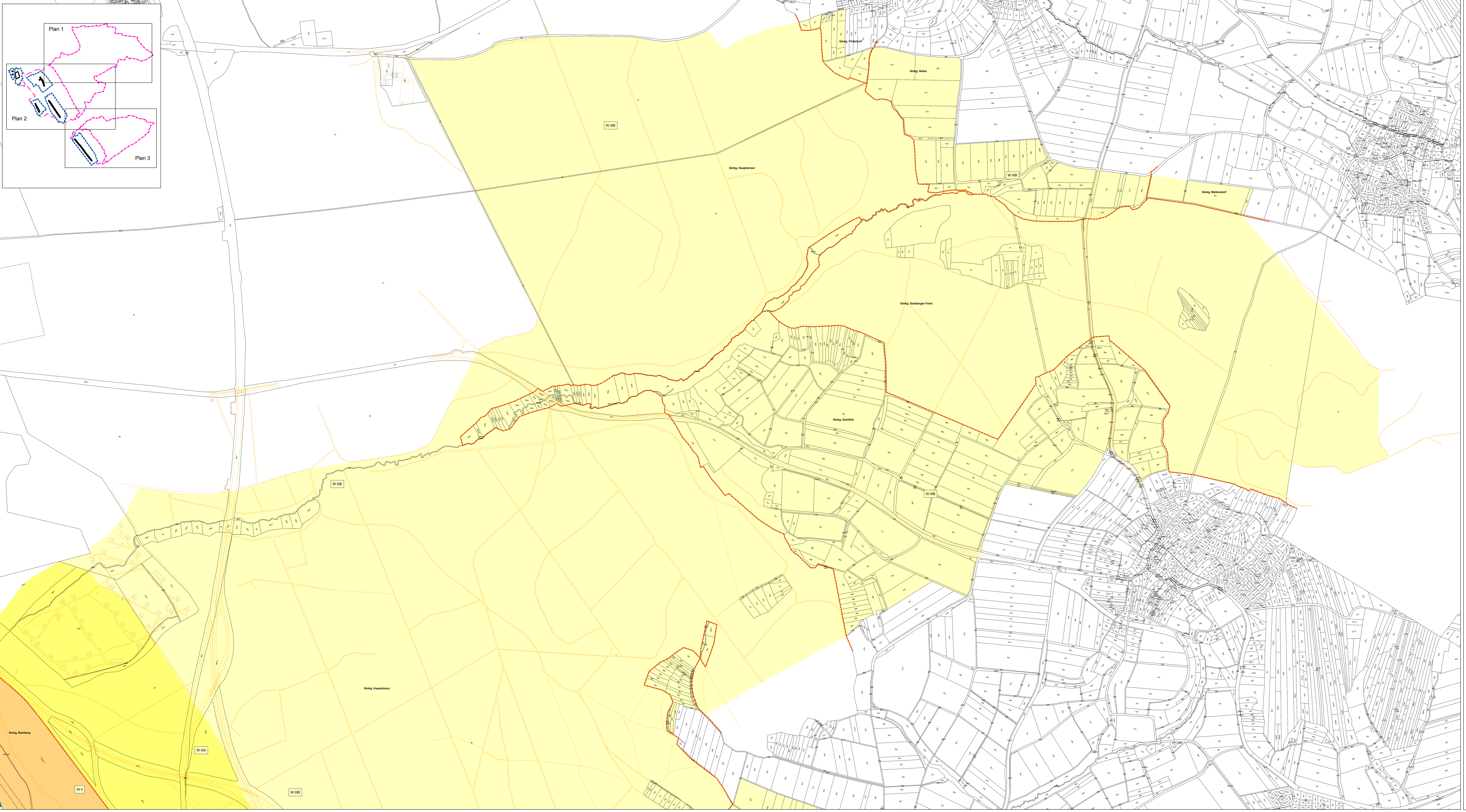
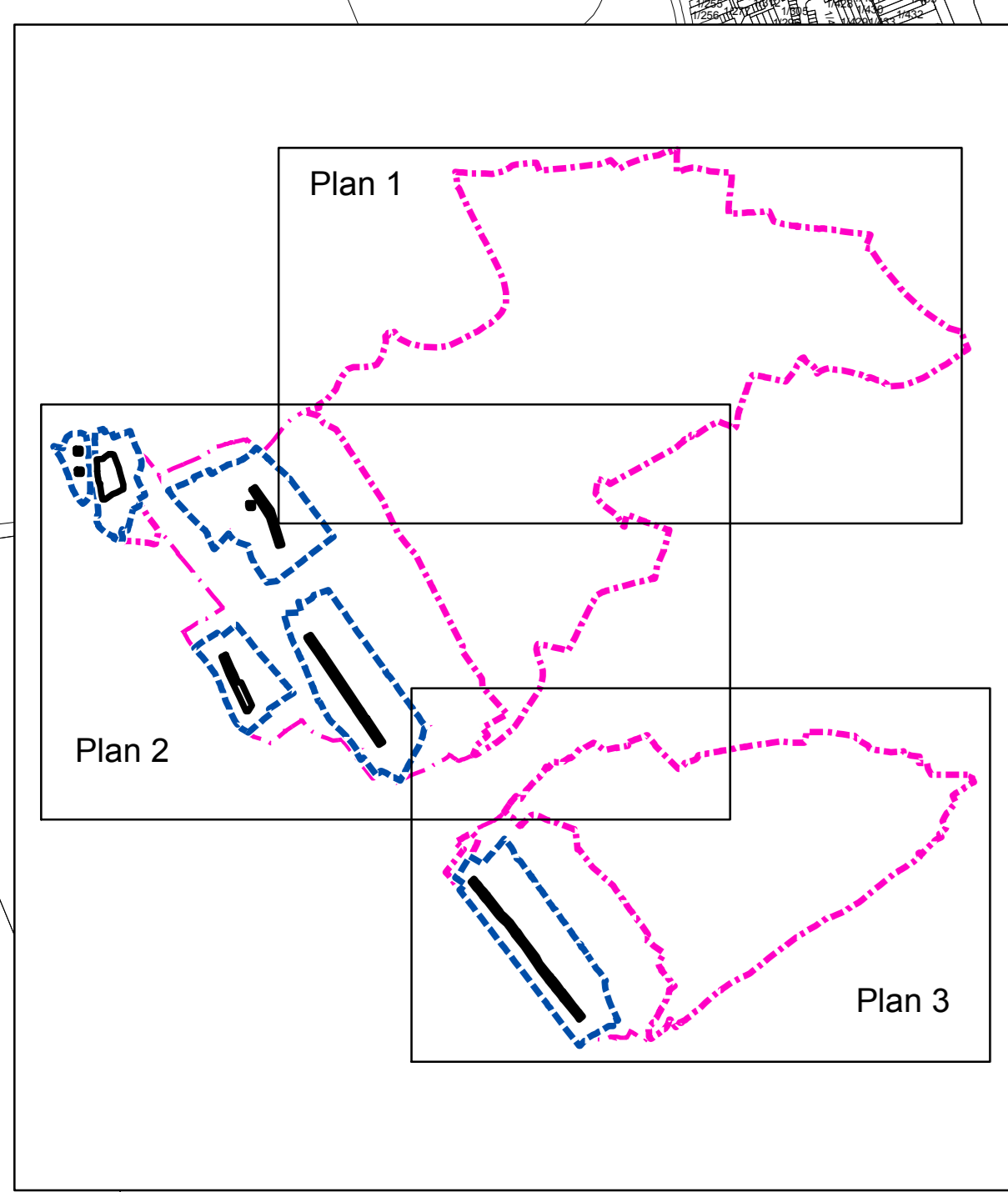
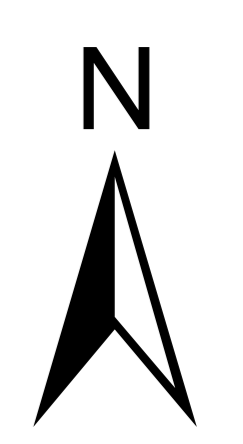
Anlage 1: Übersichtslageplan Wasserschutzgebiet

Vorhaben: Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserwerke Gereuth-Wiesen, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschaider Büsche

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg
 Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: TK M1:50.000 Blatt-Nr. 6130, 6132

Projekt-Nr.:	Maßstab:	Datum:	gezeichnet:
ba11005	1 : 50.000	15.03.2019	Ullrich



Legende

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gemarkungsgrenze
- Gebäude

GeoTeam
Umwelttechnik | Fachbereich | Geoinformation | Geomatik

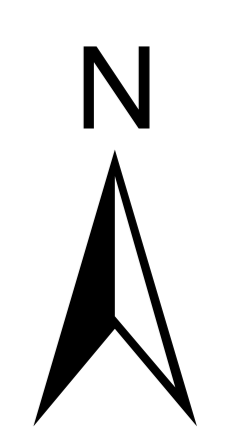
Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg
Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Vorbereitung: Neuaufstellung der Wasserschutzgebiete
für die Wasserversorgung Gutsdorf-Weiden,
Bürger Weiden, Stadtwald und Mitzhaber Blöcher.

Anlage 1: Schutzgebietsverzeichnis
(Plan 1)

Projekt:	Titel:	Datum:	Geschichte:
141025	1:1.000	22.09.2011	UfM

Kartengrundlage: TK M 1:50.000 Bamberg 6110, 6112



Anlage B der Änderungsordnung vom 15.05.2019

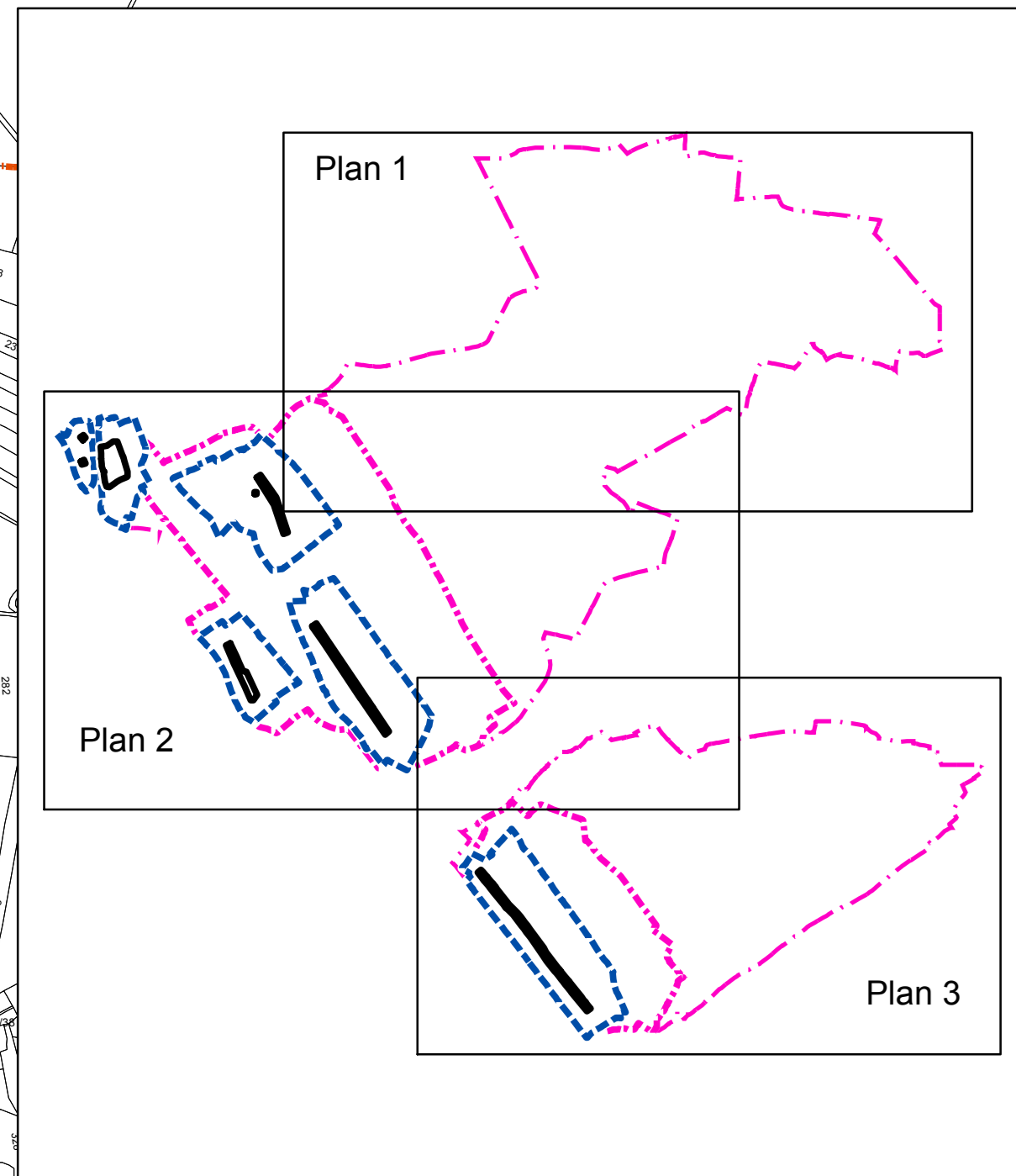
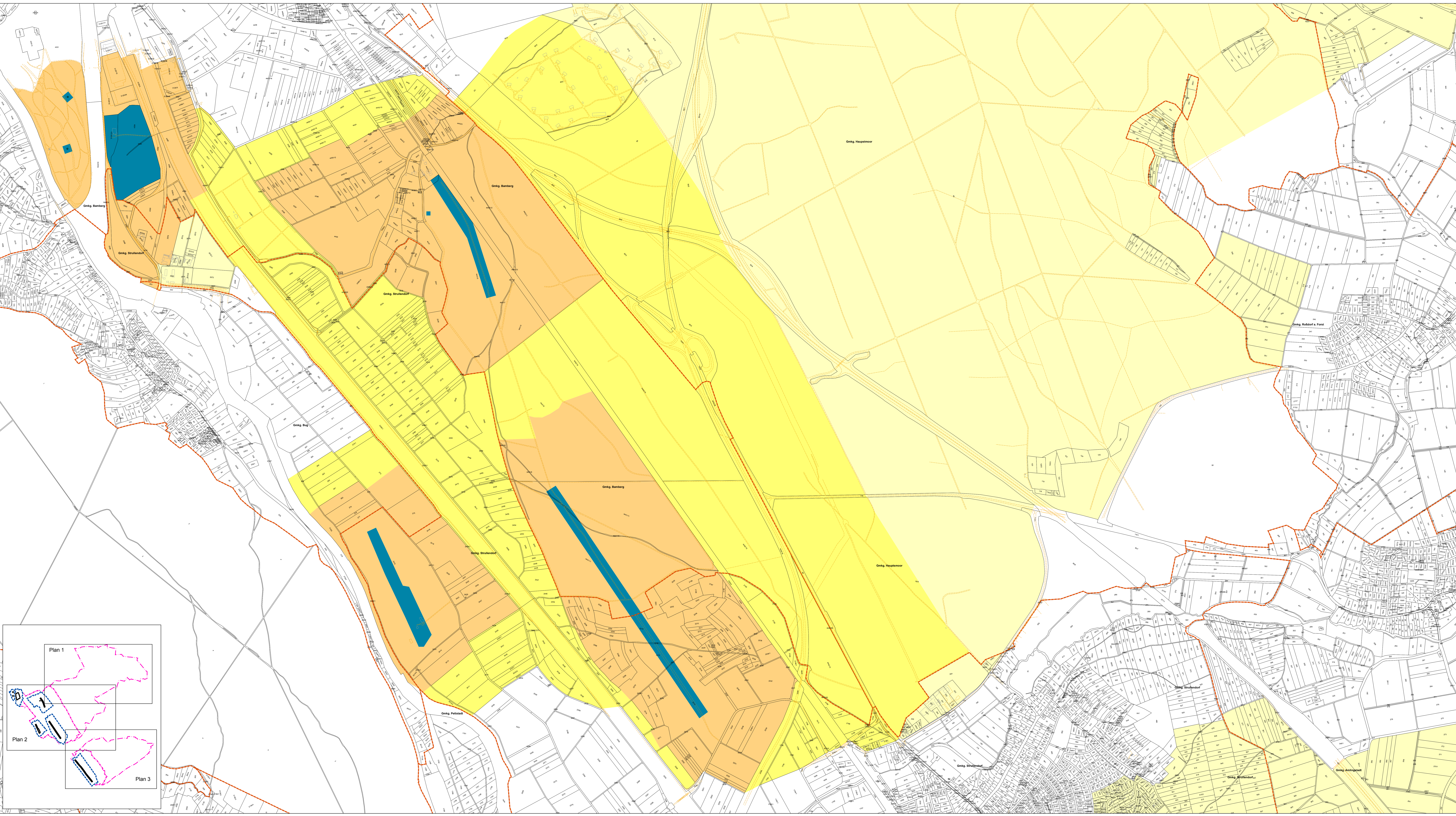
Anlage 2.b
Legende 1:1 = 1:5.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019
zu Art. 42.3 Abs. 3 Nr. 708b, zur Änderung der Verwaltung des Landschaftsraumes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptmoor und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Kemmingsch, Geseck, Rüdorf a. Forst, Verresdorf, Hauptmoor, Gesecker Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Ebneth (Gemarkungen Mellesdorf, Nais, Pödelhof) sowie im geschützten Gebiet der Gemarkungen Hauptmoor und Gesecker Forst des Landkreis Bamberg zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).
Bamberg, 15.05.2019
Landrat

Johann Kab
Landrat

- Legende**
- Fassungsbereich (W I)
 - Engere Schutzzone (W II)
 - Weitere Schutzzone (W IIIA)
 - Weitere Schutzzone (W IIIB)
 - Gebäude
 - Gemarkungsgrenze

Anlage 2b: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 2)
Vorhaben: Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete für die Wasserwerke Gerecht-Wiesen, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschaid-Büschle
Stadtwerk Bamberg
Energie- und Wasserversorgung GmbH
Auftraggeber:
Kartengrundlage: digitale Punkte
Projekt-Nr.: 15.03.2019
Maßstab: 1:5.000
Datum: 15.03.2019
Blatt-Nr.: 1/3
GeoTeam-Gesellschaft für umweltgerechte Land- und Wasserversorgung mbH





Anlage C der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

Anlage 2c
Lageplan 1:1:5.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019
Az. 42-2-640/2019/2596 zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Stüttenhof, Rug Hauptmoor) und den Gemeinden Stüttenhof (Gemarkungen Stüttenhof, Amberg, Giesel, Rüdolf-Am Ende, Wernsdorf, Hauptmoor, Geisberger Forst, Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Leinrod (Gemarkungen Meisendorf, Naiba, Pödelhof) sowie im gemeinsamen Gebiet der Gemarkungen Hauptmoor und Geisberger Forst des Landratsamtes Bamberg zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).

Bamberg, 15.05.2019

Landrat

Johann Kall

Legende

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIa)
- Weitere Schutzzone (W IIIb)
- Gebäude
- Gemarkungsgrenze

Anlage 2c: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 3)

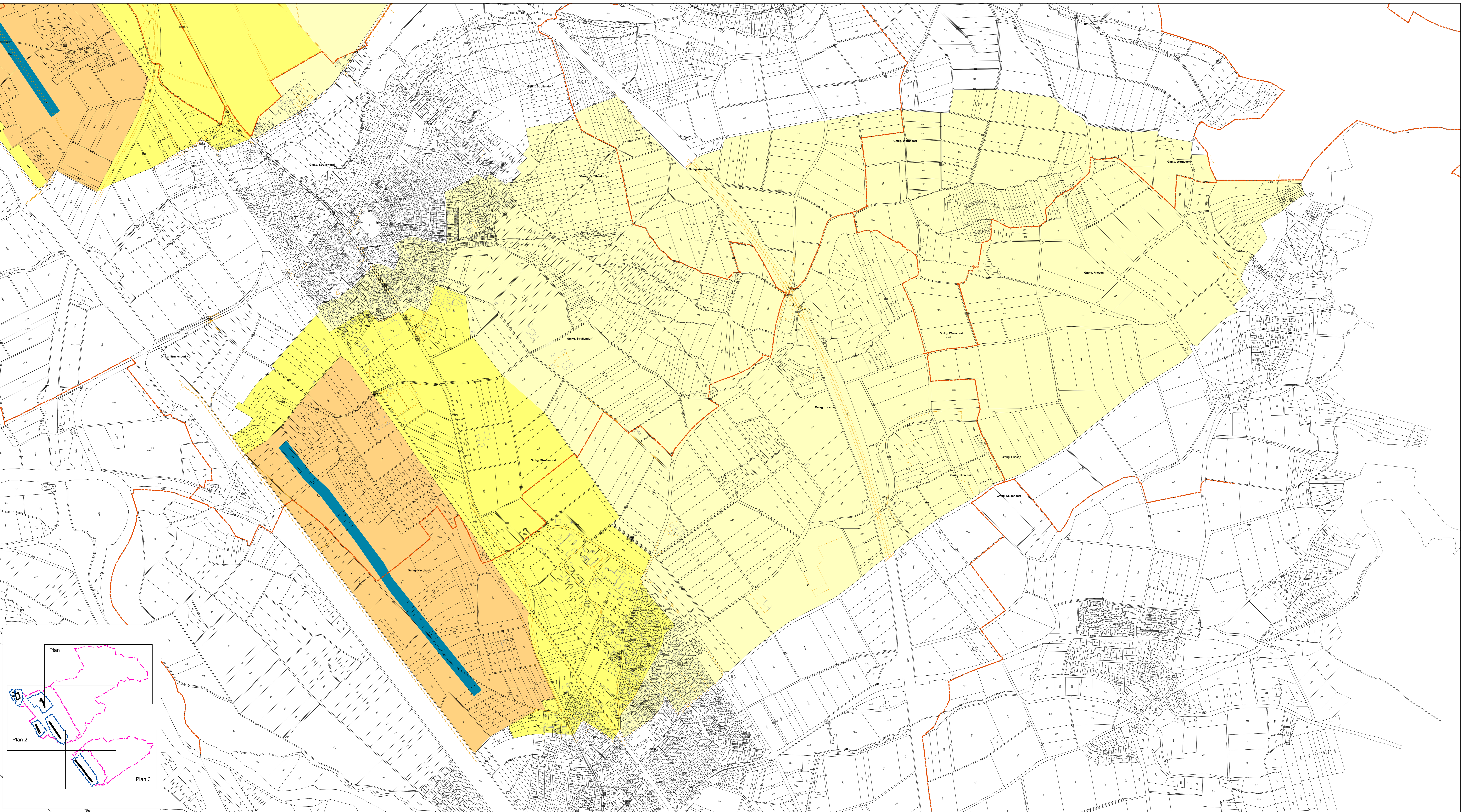
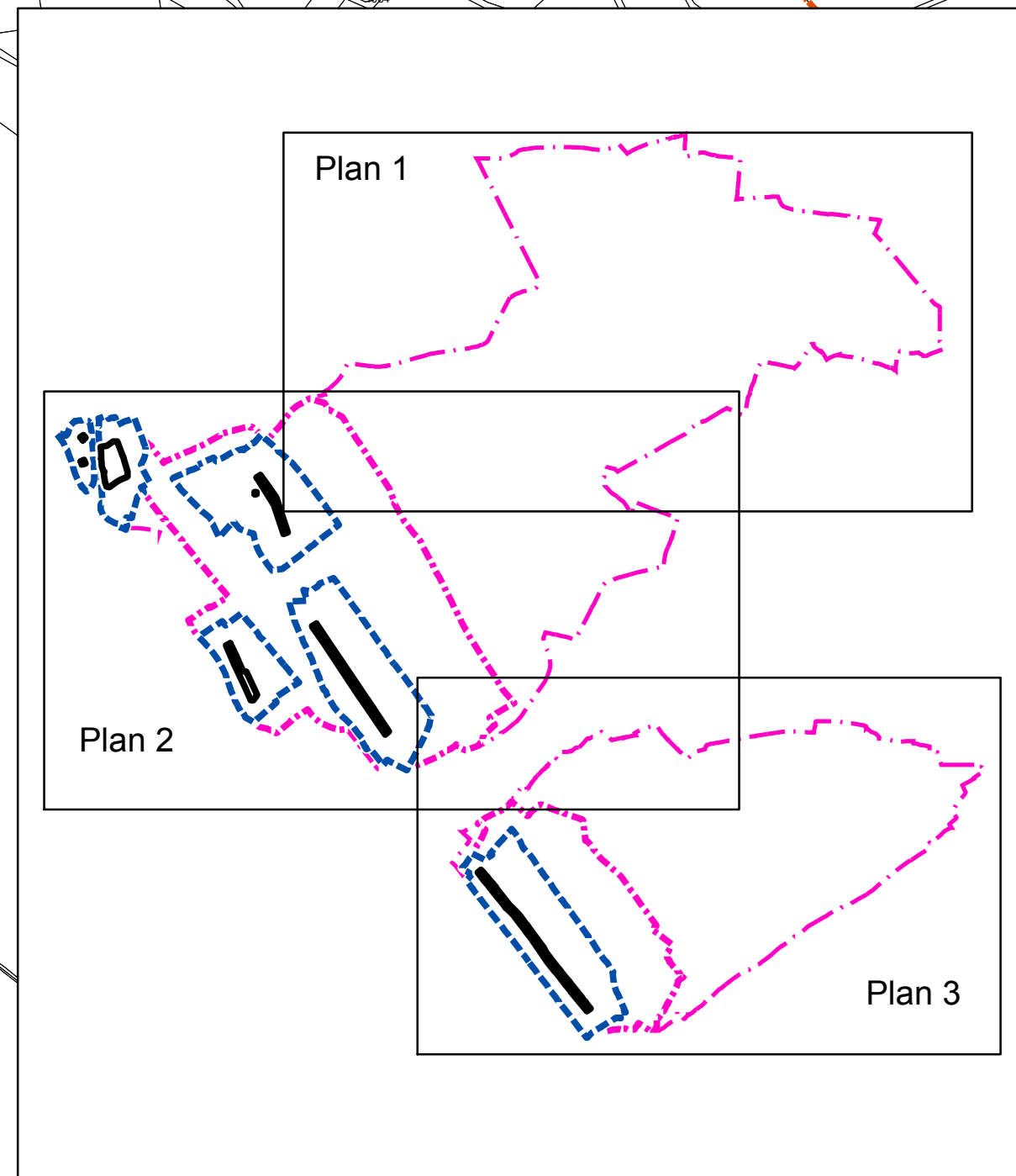
Vorhaben: Neudefiniertung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung Geisberg, Wiesau, Stadtwald und Hirschaid Blüche

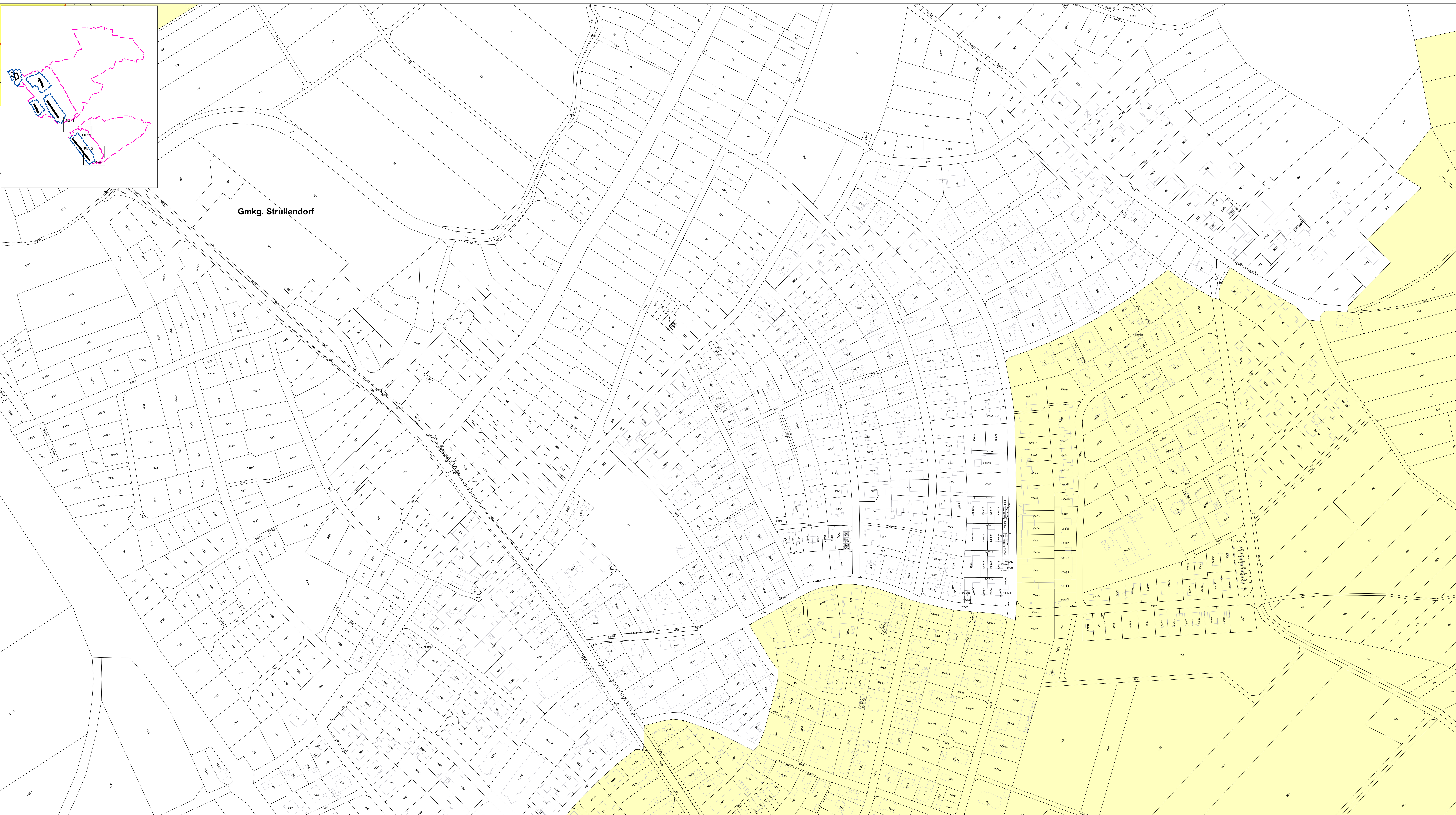
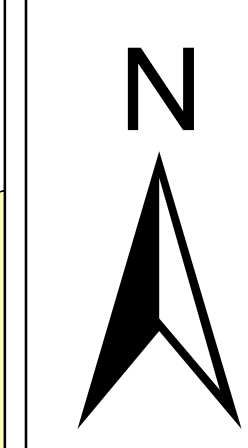
Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: Digitale Flurkarte

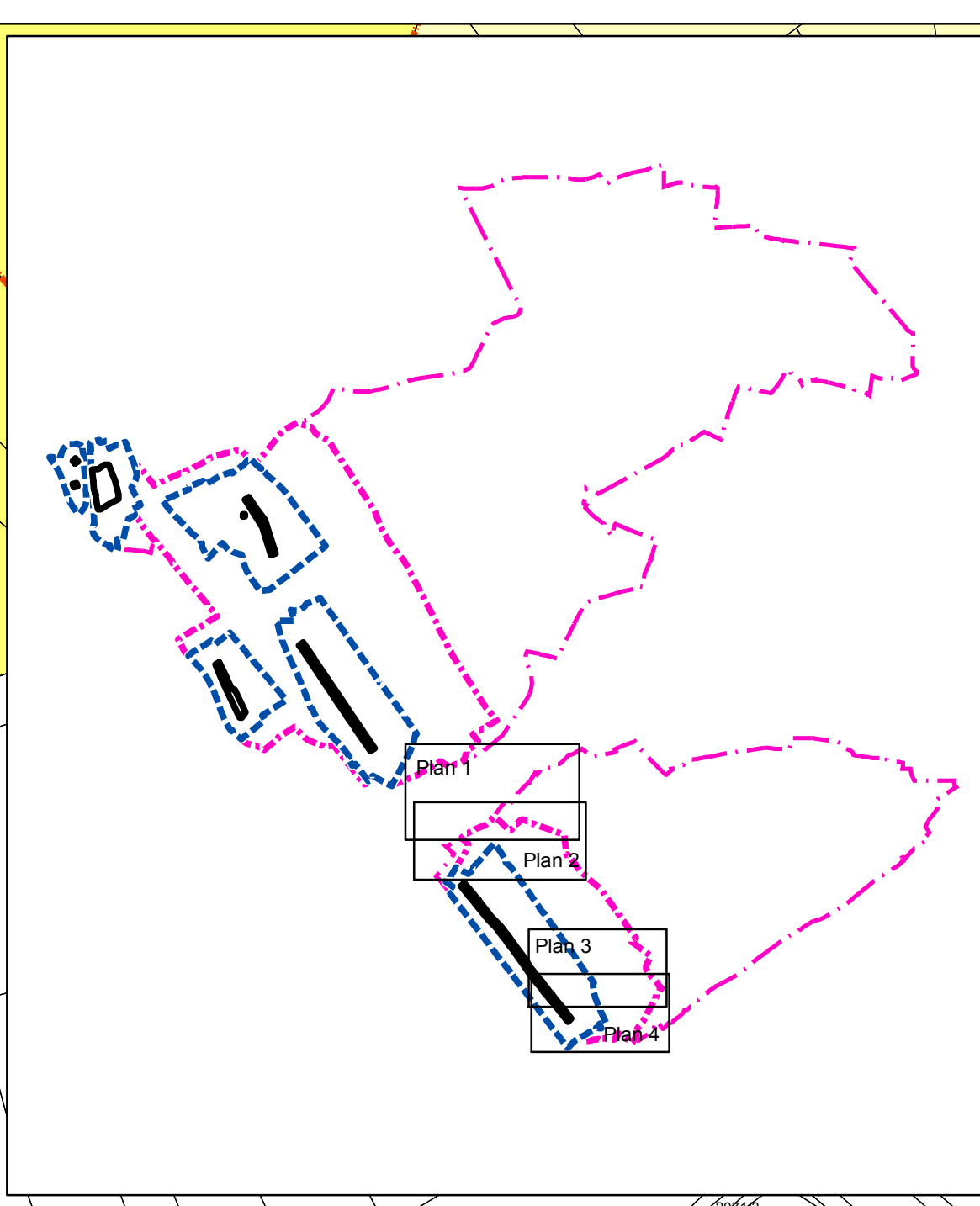
Projekt-Nr.: 341102 Maßstab: 1:5.000 Datum: 15.03.2019 gezeichnet: vkn

GeoTeam GeoTeam-Gesellschaft für umweltgerechte Land- und Wasserwirtschaft mbH





Gmkg. Strullendorf



Anlage D der Änderungsverordnung vom 15.05.2019

Anlage 3a:
Lageplan M 1:1.000 als Bestandteil der Verordnung des Landratsamtes Bamberg vom 15.05.2019, Az. 42.2.6423-Nr. 7589 zur Änderung der Verordnung des Landratsamtes Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Heustampfen und des Gemeindefreies Strullendorf, Gemarkungen Strullendorf, Amstegtal, Cappel, Roddorf am Forst, Wiesdorf, Heustampfen, Giesenberg, Forst, Hirschfeld, Gemarkungen Hirschfeld, Heiden und Litzendorf (Gemarkungen Malander, Nassa, Pöschdorf sowie im gemeindefreien Gebiet der Gemarkungen Heustampfen und Giesenberg Forst des Landratsamtes Bamberg zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012.

Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).

Bamberg, Landratsamt
15.05.2019

Johann Kabl
Landrat

- Legende**
- Fassungsbereich (W I)
 - Engere Schutzzone (W II)
 - Weitere Schutzzone (W IIIA)
 - Weitere Schutzzone (W IIIB)
 - Gebäude
 - Gemarkungsgrenze

Anlage 3a: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 1)

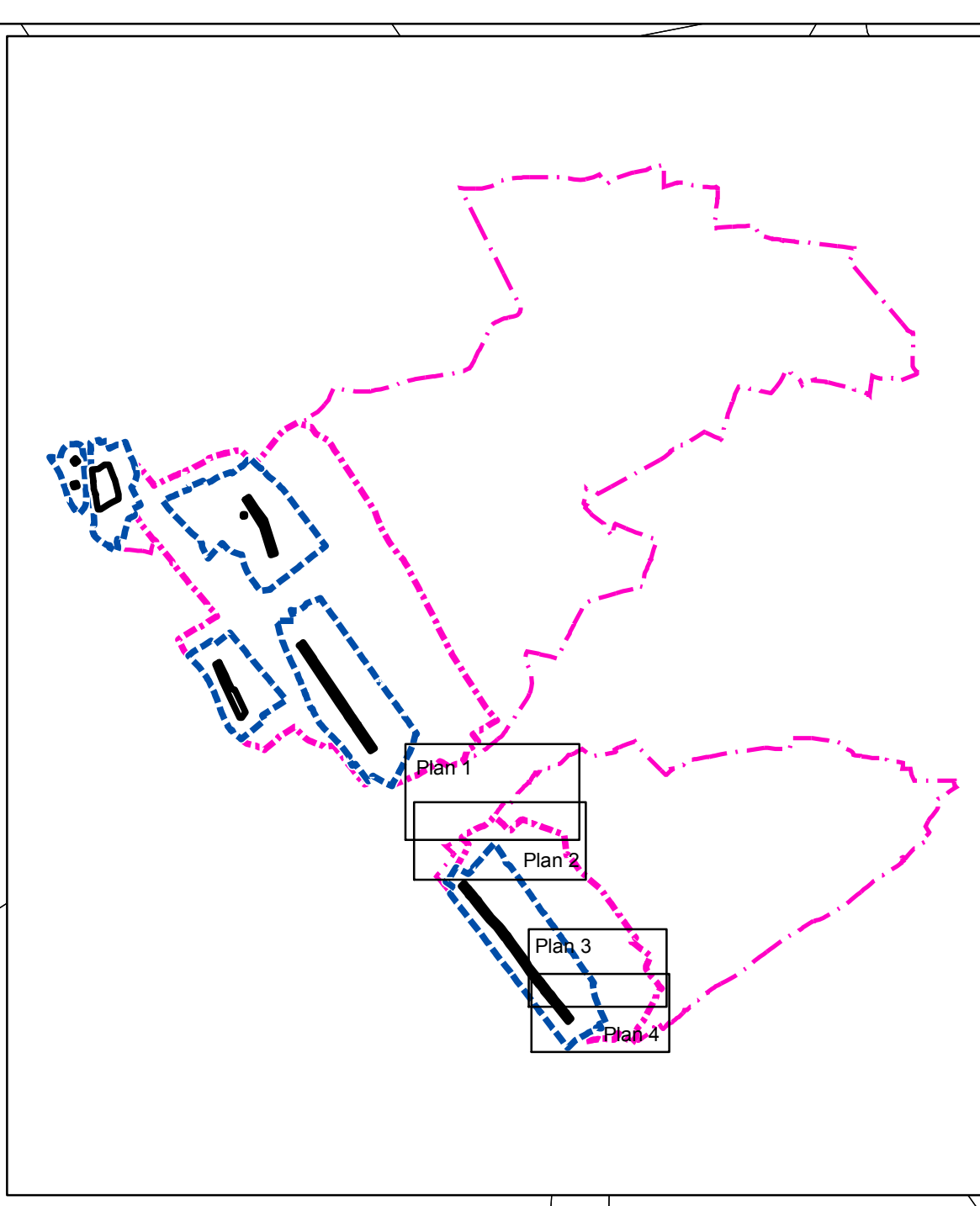
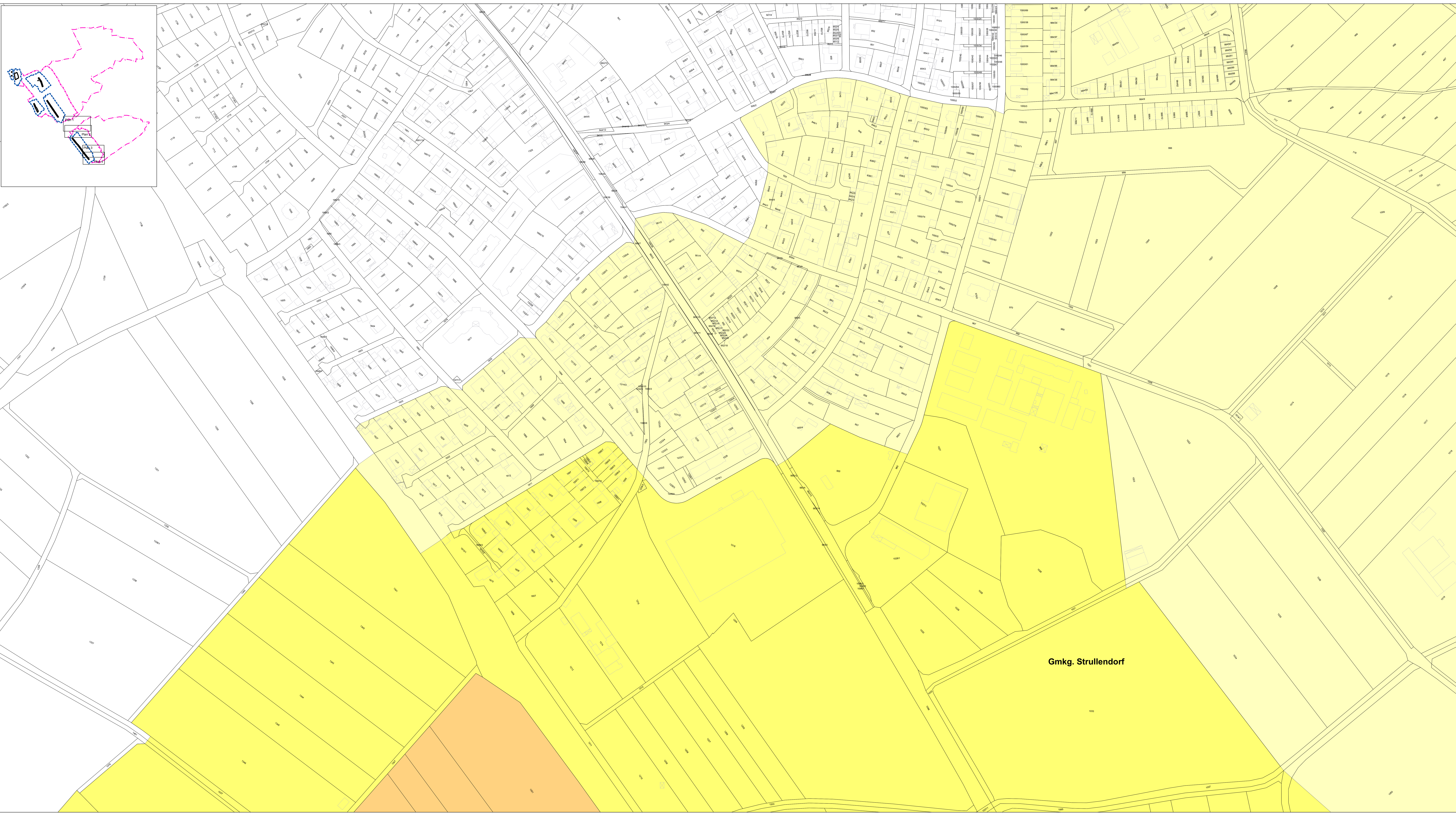
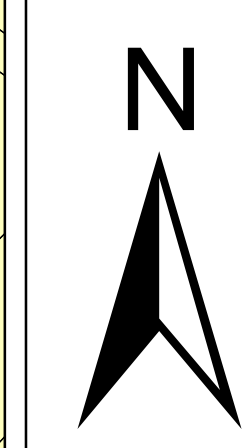
Vorhaben: Neuregistrierung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorger Gebrüder Wiesner, Buger Wiesner, Stadtwald und Hirschfelder Bäche

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: digitale Flurkarte

Projekt Nr.: 15/1502 Maßstab: 1:1.000 Datum: 15.05.2019 gezeichnet: jksh

GeoTeam Geoinformation für umweltsicheres bsp und wasserwirtschaftsbau



Anlage E der Änderungsverordnung vom 15.05.2019
 Anlage 3b
 Lageplan M = 1 : 1.000 als Bestätigung der Verordnung des Landrates Bamberg vom 15.05.2019
 Az. 2.642/3-M 7585 zur Änderung der Verordnung des Landrates Bamberg über das Wasserschutzgebiet in der Stadt Bamberg (Gemarkungen Bamberg, Strullendorf, Bug, Hauptmann und den Gemeinden Strullendorf (Gemarkungen Strullendorf, Amthaus, Gessert, Roddorf am Forst, Wernsdorf, Hauptmann, Gessert, Forst), Hirschaid (Gemarkungen Hirschaid, Friesen) und Litzendorf (Gemarkungen Melkendorf, Näska, Pöschdorf sowie im gemeinsamen Gebiet der Gemarkungen Hauptmann und Gessert) Forst des Landrates Bamberg zum Schutz des öffentlichen Wasserversorgungs der Stadt Bamberg vom 31. Oktober 2011, zuletzt geändert mit Verordnung vom 20. April 2012
 Die verschiedenen Schutzzonen sind im Lageplan unterschiedlich farblich markiert (vgl. Legende).
 Bamberg, 15.05.2019
 Landrat
 Johann Kab
 Landrat

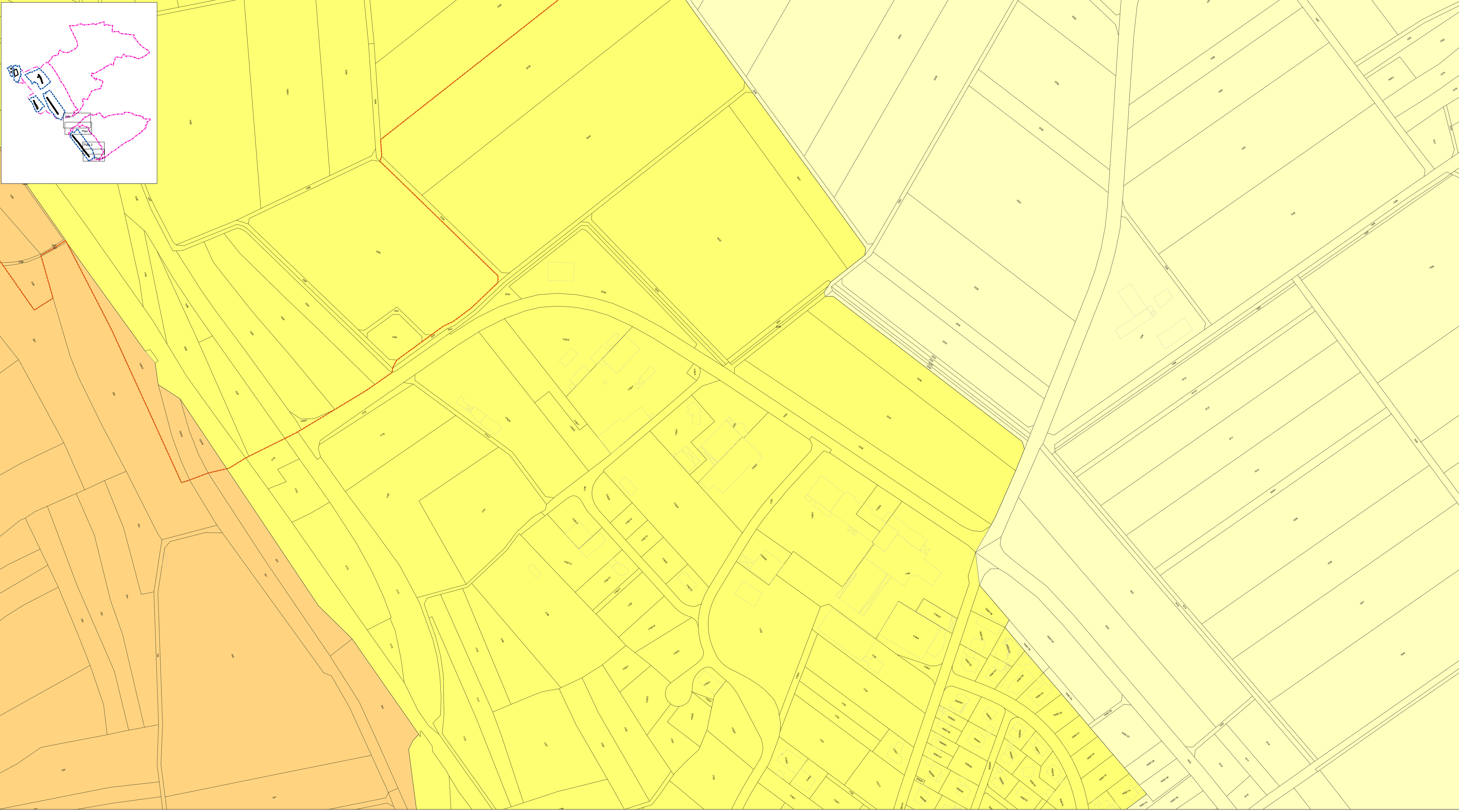
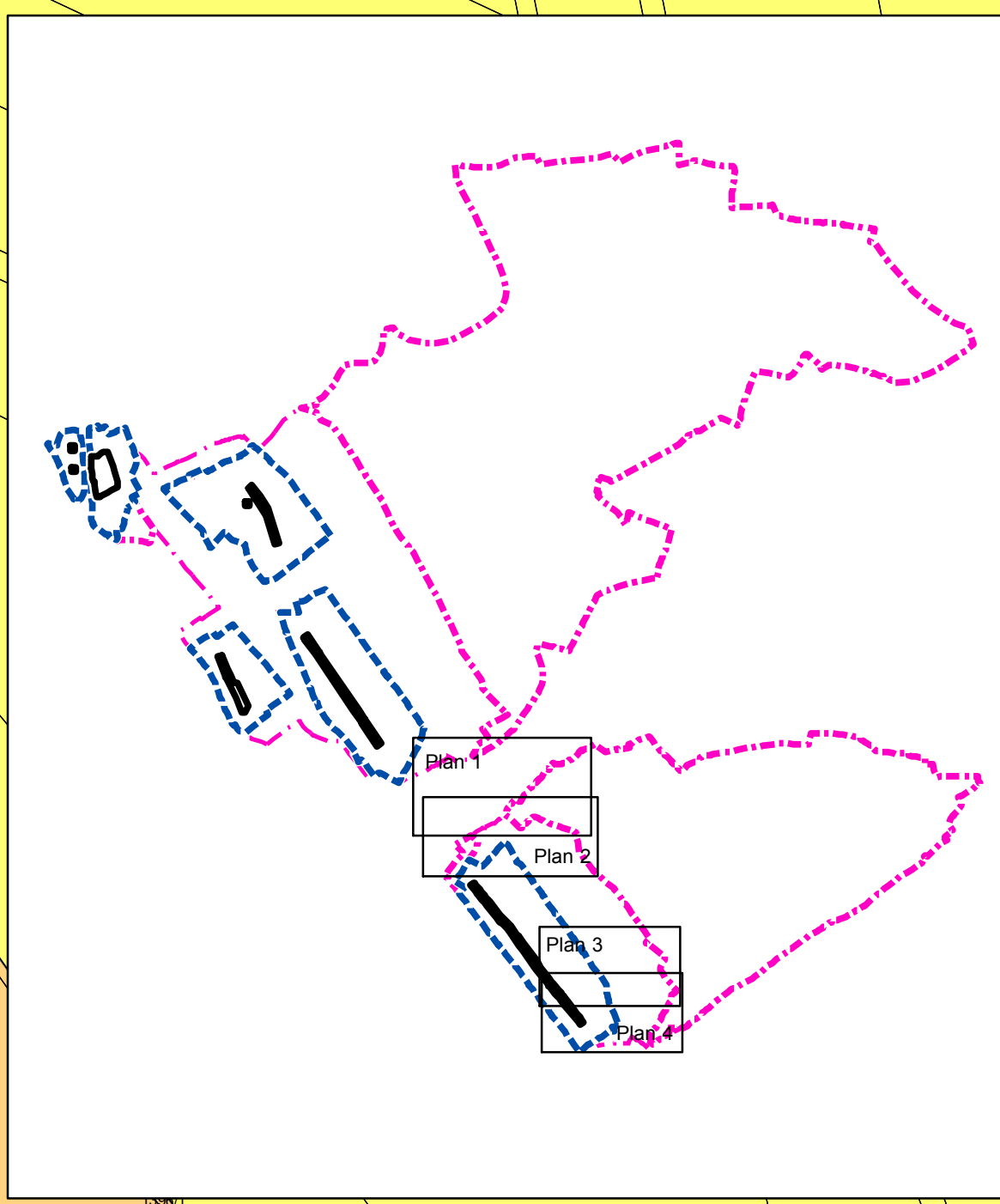
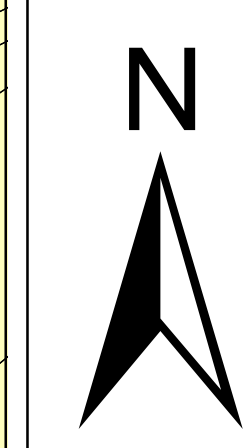
- Legende**
- Fassungskreis (W I)
 - Engere Schutzzone (W II)
 - Weitere Schutzzone (W IIIA)
 - Weitere Schutzzone (W IIIB)
 - Gebäude
 - Gemarkungsgrenze

Anlage 3b: Lageplan Wasserschutzgebiet (Plan 2)

Vorhaben: Neuregelung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorger Gebrüder Wiesen, Buger Wiesen, Stadtwald und Hirschaid Blöcke

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH

Kartengrundlage: digitale Flurkarte	Datum: 15.05.2019	gezeichnet: J. Kab
Projekt Nr.: 15100	Maststab: 1 : 1.000	GeTeam-Gesellschaft für Umweltschutz, Energie- und Wasserversorgung mbH



Legende

- Fassungsbereich (W I)
- Engere Schutzzone (W II)
- Weitere Schutzzone (W IIIA)
- Weitere Schutzzone (W IIIB)
- Gemarkungsgrenze
- Gebäude

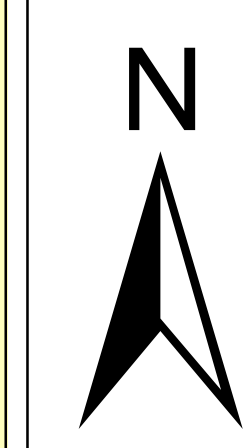
GeoTeam Dienstleistung für Mensch & Umwelt
Umweltplanung · Landschaftsplanung · Fachplanung · Geodatenmanagement

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg
Energie- und Wasserversorgungs GmbH





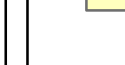

Vorhaben: Neufestlegung der Wasserschutzgebiete für die Wasserversorgung der Bürger Weisen, Stadtwald und Hirschfelder Büsche.

Anlage 1: Schutzgebietsvorsorg (Plan 1)

Projekt Nr.:	11000	Skala:	1:1000	Datum:	22.08.2011	Gezeichnet:	Ulrich
Blatt Nr.:	1000					Geprüft:	Ulrich
Planungsphase:	TKM 1:00.000 Blatt 6100_0102						



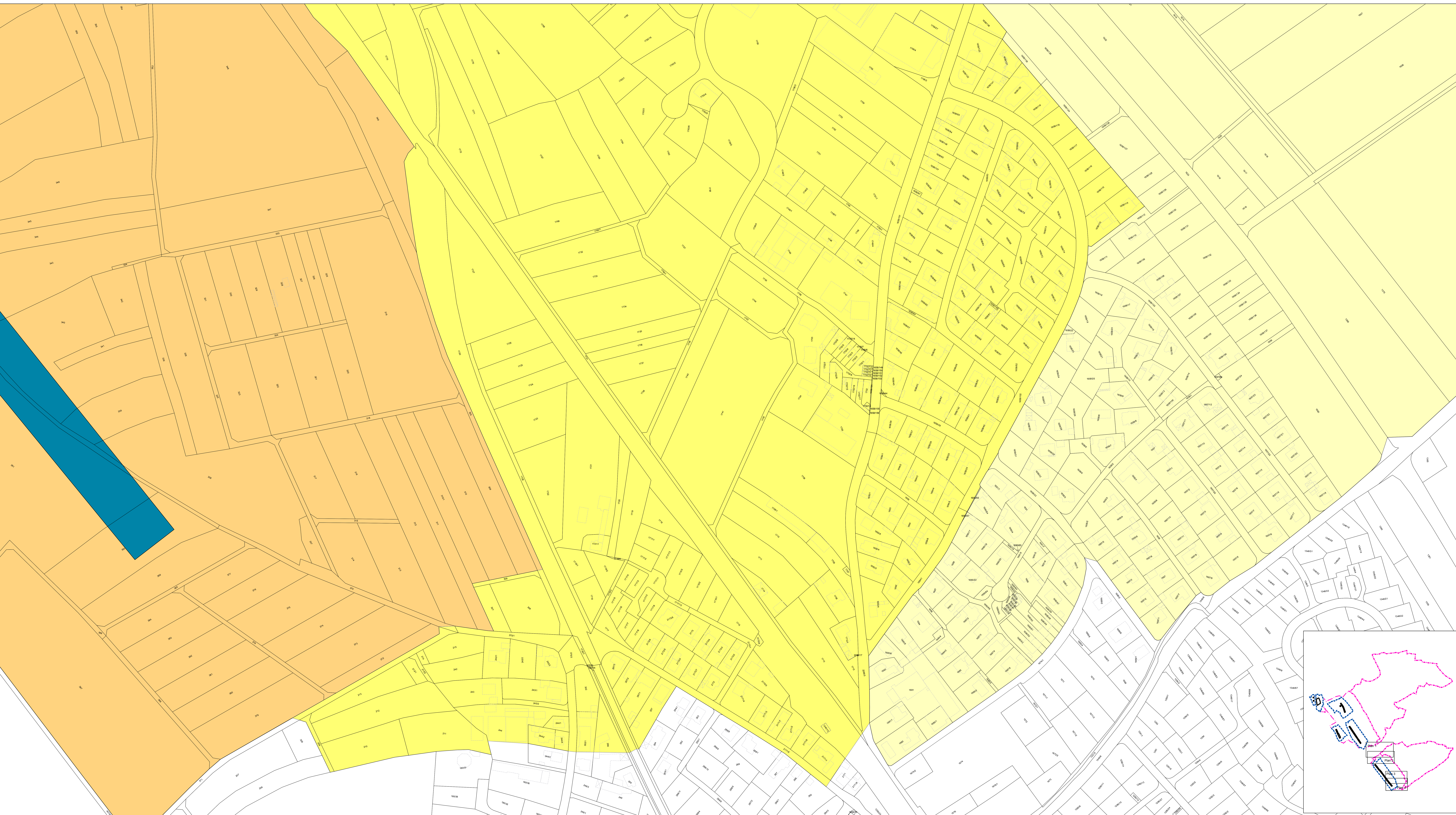
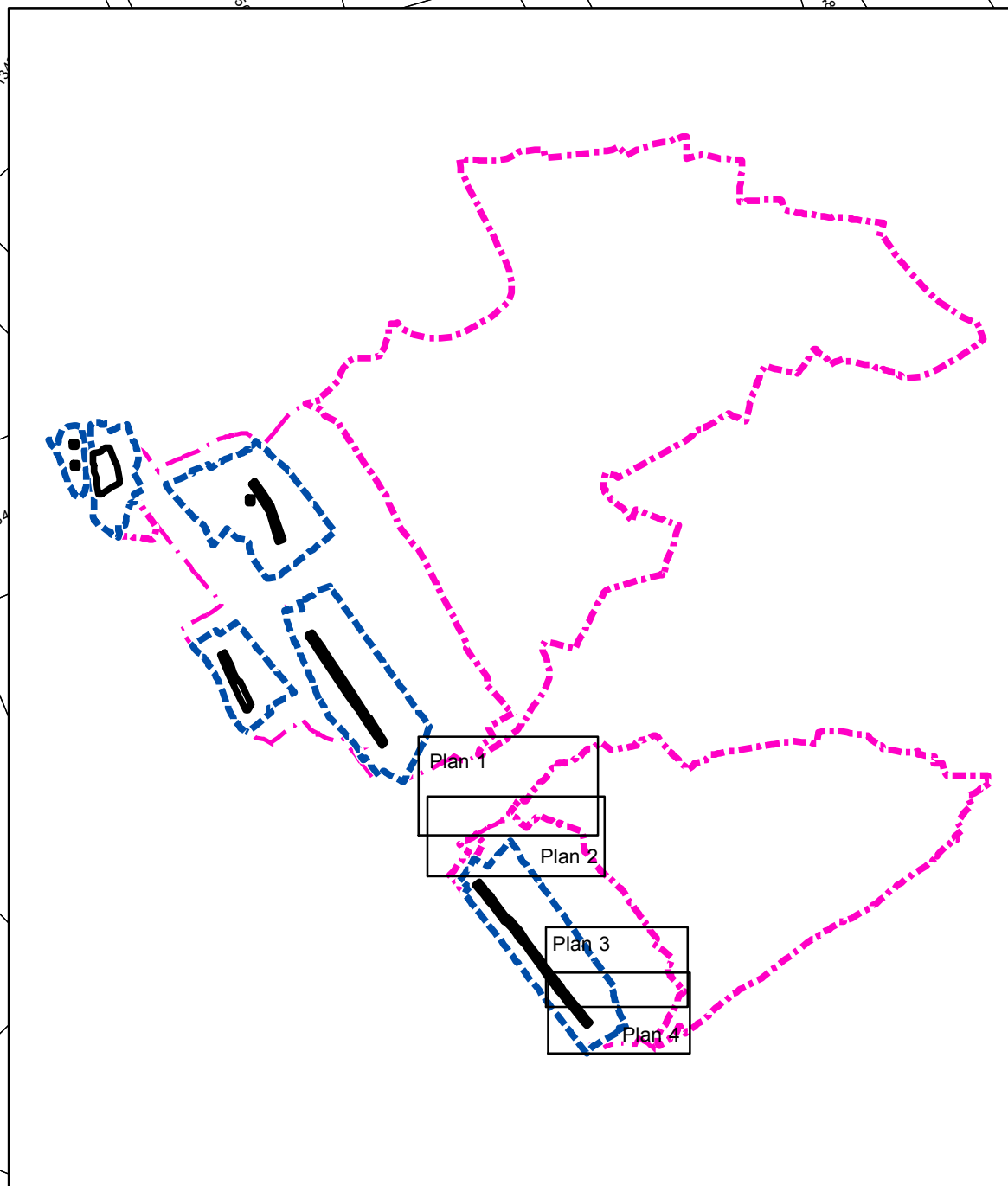
Legende

-  Fassungsbereich (W I)
-  Engere Schutzzone (W II)
-  Weitere Schutzzone (W IIIA)
-  Weitere Schutzzone (W IIIB)
-  Gemarkungsgrenze
-  Gebäude

 **GeoTeam** Geotechnik - Wasserbau - Vermessung - Flächenvermessung - Geodäsie - Kartografie
Dienstreifen 10, Bereich 4, Oberes

Auftraggeber: Stadtwerke Bamberg
Energie- und Wasserversorgungs GmbH
Vorhaben: Neufestsetzung der Wasserschutzgebiete
für die Wasserversorgung der
Bürger Weisen, Stadtwald und Hirschfelder Büsche.

Anlage 1: Schutzgebietsvorschrift
(Plan 4)
Projekt-Nr.: 11.000
Datum: 22.08.2011
Gezeichnet: Ullrich
Kartographie: T.M. 1:25.000 Blatt: 630, 632



Anlage 4

Maßgaben und Erläuterungen zu § 3 Abs. 2

1. Stallungen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.8)

1.1 mit Flüssigmistverfahren:

Bei Stallungen für Tierbestände über 40 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Gülle auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:

- Milchkühe	40 Stück	(1 Stück = 1,0 DE)
- Zuchtschweine mit Ferkel	90 Stück	(1 Stück = 0,45 DE)
- Mastbullen	65 Stück	(1 Stück = 0,62 DE)
- Mastkälber, Jungmastrinder	150 Stück	(1 Stück = 0,27 DE)
- Mastschweine	300 Stück	(1 Stück = 0,13 DE)
- Legehennen, Mastputen	3500 Stück	(100 Stück = 1,14 DE)
- sonst. Mastgeflügel	10000 Stück	(100 Stück = 0,4 DE)

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten, bei Rindern 120 Dungeinheiten, je hydraulisch-betrieblich abtrennbarem Abschnitt nicht überschreiten.

1.2 mit Festmistverfahren:

Bei Tierbeständen (mit notwendiger Jauchelagerung) über 80 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jauche auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je hydraulisch-betrieblich abtrennbarem Abschnitt nicht überschreiten.

1.3 Die Erteilung einer **Befreiung nach § 4** ist bei bestandsgeschützten landwirtschaftlichen Betrieben möglich, wenn dies betriebsbedingt notwendig ist (Existenzsicherung) und die Bauwerke entsprechend dem Anforderungskatalog JGS-Anlagen (vgl. Anhang 5 der Anlagenverordnung – VAWS) ausgeführt werden.

2. Beweidung, Freiland-, Koppel und Pferchtierhaltung (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.9)

Freilandtierhaltung liegt vor, wenn die Tiere über längere Zeiträume (ganzjährig oder saisonal) auf einer bestimmten Freilandfläche gehalten werden.

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

3. **Besondere Nutzungen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.15)

Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzungen:

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau, ausgenommen Feldgemüse (s. Erläuterung)
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten
- Christbaumkulturen

Als Feldgemüse gelten insbesondere Gurken, Zwiebeln, Rote Rüben, Kohlgewächse, Knollensellerie, Karotten, Salate, Petersilie und Spargel.

Das Verbot der besonderer Nutzungen in der Engeren Schutzzone W II und der Weiteren Schutzzone W III A bezieht sich nur auf die Neuanlage bzw. Erweiterung derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingten erforderlichen Flächenwechsels bei gleich bleibender Größe der Anbaufläche.

4. **Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahme** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 1.17)

Der **Kahlschlag** ist eine Hiebsform, bei der auf einer gegebenen Fläche alle aufstockenden Bäume in einem Hieb oder wenigen einander in kurzen Intervallen folgenden Hieben entnommen werden. Dadurch geht der Waldcharakter verloren und es treten Freiflächenbedingungen hervor.

Eine **dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme** ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und ebenfalls Freiflächenbedingungen hervortreten.

Werden die Flächen oder Streifen so klein, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert, spricht man nicht mehr von einem Kahlschlag. Diese Art des Vorgehens wird **Femel- oder Saumschlag** genannt.

Als überschlägiges Maß für den Durchmesser oder die Breite solcher Fläche wird die **Höhe des angrenzenden Altbestandes** angenommen.

Ein Kahlflächenklima wird auch dann verhindert, wenn genügend alte Laubbäume relativ gleichmäßig verteilt über der Fläche stehen bleiben. Diese Art des Vorgehens nennt man **Schirmschlag**.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere **benachbarte Waldbesitzer** Hiebe durchführen, die erst in der Summe zu den bereits genannten Freiflächenbedingungen führen. Des Weiteren handelt es sich bei **mehreren Hiebmaßnahmen eines Waldbesitzers**, die in der Summe die Flächengrenzwerte der Verordnung überschreiten, jedoch nicht im räumlichen Zusammenhang stehen (bei der Besitzersplitterung), nicht um Kahlschlag.

Als **Rodung** bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 BayWaldG).

Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter **Kalamitäten** sind Schäden durch Windwurf oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, die nur durch Kahlschlag bekämpft werden können.

5. Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.1)

Für die Beurteilung des Begriffes „wesentlich“ müssen u. a. folgende Parameter herangezogen werden:

- Lage im Schutzgebiet (z.B. ist die Lage im Quartär problematisch, auch wenn der Grundwasserflurabstand nur geringfügig verringert wird (die oberste Bodenschicht hat die größte Schutzwirkung), eine Lage im Lias wäre weniger problematisch bei einer Verringerung von z.B. 1m)
- Grundwasserflurabstand
- Oberbodenabtrag, Entfernung der Pflanzendecke
- Größe der Maßnahme (in m²)
- Minderung der Deckschicht (Tiefe)
- Verwendung von Zusatzmitteln (Nährstoffeintrag durch Fütterung, Medikamente, Chemikalien, Fremdmaterial)
- Summenwirkung
- Schlammräumung in Fischteichen (dadurch Störung der verbleibenden Deckschicht)
- Muldenwirkung (Müll, erhöhte Versickerung im Zentrum)

Feuchtbiotope stellen z.B. regelmäßig keine wesentliche Minderung der Schutzfunktion (kein zusätzlicher Eintrag von Nährstoffen oder sonstigen Fremdstoffen, keine Schlammräumung, kleine Ausdehnung, geringe Tiefe, natürliche Abdichtung) dar.

6. Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsräben sowie Geländeauffüllungen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.2)

Unbelasteter Boden ohne Fremdbestandteile ist nachweislich unbelastetes (Einhaltung der Zuordnungswerte Z0 der LAGA Boden), natürlich anstehendes bzw. umgelagertes Locker- und Festgestein, das bei Baumaßnahmen ausgehoben wird. Boden im Sinne der LAGA Boden, der in Bodenreinigungsanlagen gereinigt wurde bzw. der mineralische Fremdbestandteile bis zu 10 % enthält, ist nicht zugelassen.

7. Leitungen verlegen oder erneuern (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 2.3)

Gemäß Ziffer 2.3 ist das Verlegen von Leitungen in der Zone WII verboten. Arbeiten an der bestehenden Leitung des Beregnungsverbandes Bamberg Süd sind deshalb nur bei Einhaltung der nachfolgenden zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig:

7.1 Bauausführung und Baubetrieb:

- a) Bodeneingriffe sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken und in kürzest möglicher Zeit durchzuführen.
- b) Abbruchmaterial ist aus dem Wasserschutzgebiet zu verbringen.
- c) Die verwendeten Baustoffe dürfen keine auslaugbaren oder abschwemmenden wassergefährdenden Stoffe enthalten.
- d) Auf allen Baufahrzeugen sind Bindemittel für Leichtflüssigkeiten zum sofortigen Einsatz bei Leckagen mitzuführen.
- e) Fahrzeuge, Geräte und Arbeitsmaschinen müssen vor dem Einsatz im Schutzgebiet auf Leckagen überprüft werden.
- f) Baufahrzeuge und Arbeitsmaschinen, die längere Zeit an einem Ort verbleiben (z. B. über Nacht) müssen außerhalb der Engeren Schutzzone W II abgestellt werden.
- g) Wird bei den Bauarbeiten Grundwasser angetroffen, ist sofort das Landratsamt Bamberg, Fachbereich Wasserrecht sowie das Wasserwirtschaftsamt Kronach mit Arbeitsunterbrechung zu verständigen, damit vor Ort nähere Erhebungen und Festlegungen getroffen werden können.

7.2 Überwachung des Baubetriebes:

- a) Beginn und Ende der Baumaßnahme sind dem Landratsamt Bamberg, Fachbereich Wasserrecht, dem Wasserversorger und dem Fachbereich Gesundheitswesen am Landratsamt Bamberg **14 Tage vorher** schriftlich anzuzeigen.
- b) Unfälle, die schädliche Einwirkungen auf das Grundwasser haben können (z.B. Auslaufen von Öl), sind unverzüglich der Feuerwehr und dem Wasserversorger zu melden.

8. **Wassergefährdende Stoffe** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3)

Wassergefährdende Stoffe sind feste, flüssige und gasförmige Stoffe gemäß § 62 Abs. 3 WHG.

Deren Bestimmung und Einstufung erfolgt entsprechend in der jeweils aktuellen Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die nähere Bestimmung wassergefährdender Stoffe und ihre Einstufung entsprechend ihrer Gefährlichkeit (Verwaltungsvorschrift wassergefährdender Stoffe - VwVwS).

Für Stoffe, deren Wassergefährdungsklasse (WGK) nicht sicher bestimmt ist, wird WGK 3 zugrunde gelegt.

Im Folgenden sind beispielhaft einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse aufgeführt.

WGK 1	WGK 2	WGK 3
schwach wassergefährdende Stoffe	wassergefährdende Stoffe	stark wassergefährdende Stoffe
„Biodiesel“; schweres Heizöl	Dieselmotorenöl; leichtes Heizöl	Ottomotorenstoffe (Benzin, Super)
reine Schmieröle auf Mineralölbasis	Schmieröle auf Mineralölbasis mit Zusätzen (Motorenöl, Hydrauliköl, Getriebeöl)	Altöle
Ethanol (Alkohol, Brennspiritus)		einige Lösungsmittel, z.B. Tetrachlorethen (chem. Reinigung) Trichlorethen (zur Metallentfettung)
Glykol (in Kühlmitteln)	Dichlormethan (in Abbeizmitteln)	Quecksilber
Essigsäure (Entkalker)	Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern)	Teer (Abdichtungsmittel)
Salzsäure		die meisten Pflanzenschutzmittel, z.B. Cypermethrin Lindan Isoproturon
Schwefelsäure (z.B. in Autobatterien)	Natriumhypochlorit (Chlorbleichlauge)	
Auftausalz, Viehsalz	Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnern)	
Düngemittel wie Flüssigdünger AHL Ammoniumnitrat, -sulfat Kaliumnitrat, -sulfat Dicyandiamid (DIDIN)	einige Pflanzenschutzmittel, z.B. Terbutylazin Bentazon Ethephon	

9. **Rohrfernleitungsanlagen** (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.1)

Als Rohrfernleitungsanlagen definieren sich Überlandrohrleitungen, die der Beförderung in der Regel flüssiger, verflüssigter oder gasförmiger wassergefährdender Stoffe dienen, bekannt unter dem Begriff Pipelines.

Es handelt sich um Anlagen, die in der Regel nach § 20 Absatz 1 oder Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG - einer Planfeststellung oder einer Plangenehmigung bedürfen (siehe dazu UVPG Anlage 1 ab Nr. 19.3) und die der Rohrfernleitungsverordnung – RohrFltgV - vom 27.09.2002 unterliegen. Umfasst sind neben den Rohrleitungen selbst, auch alle dem Leitungsbetrieb dienenden Einrichtungen, insbesondere Pump-, Abzweig-, Übergabe-, Absperr- und Entlastungsstationen sowie Verdichter-, Regel- und Messanlagen.

Nicht betroffen sind im Unterschied Rohrleitungsanlagen, die den Bereich eines Werksgeländes nicht überschreiten, Zubehör einer Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind, oder Anlagen verbinden, die in engem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang miteinander stehen und damit dem § 62 Abs.1 WHG unterliegen.

10. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.2)

Die Zulässigkeit wird pro Anlage ermittelt.

Tabelle: Gefährdungsstufen

Volumen in m ³ (für flüssige Stoffe) bzw. Masse in t (für feste und gasförmige Stoffe)	Wassergefährdungsklasse (WGK)		
	1	2	3
bis 0,1	Stufe A	Stufe A	Stufe A
mehr als 0,1 bis 1,0	Stufe A	Stufe A	Stufe B
mehr als 1 bis 10	Stufe A	Stufe B	Stufe C
mehr als 10 bis 100	Stufe A	Stufe C	Stufe D
mehr als 100 bis 1 000	Stufe B	Stufe D	Stufe D
mehr als 1 000	Stufe C	Stufe D	Stufe D

Auch Abfälle, z. B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen, können unter § 3 Abs. 2 Ziffer 3.2 der Verordnung fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

Hinweis:

Die Prüfverpflichtung für Anlagen durch Private Sachverständige richtet sich nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Fachbetriebe (VAwS) und über die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Übergangsverordnung des Bundes zur VAwS).

Danach sind in Wasserschutzgebieten oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufe B, C und D regelmäßig alle fünf Jahre von einem Sachverständigen einer anerkannten Sachverständigenorganisation überprüfen zu lassen.

Darüber hinaus sind sämtliche unterirdische Anlagen in Wasserschutzgebieten mindestens alle zweieinhalb Jahre durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen.

10.1 In der Weiteren Schutzzone (W III A und W III B) sind nur zulässig:

a) oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit Leckanzeigegeräten ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,

b) unterirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit Leckanzeigegeräten ausgerüstet sind.

10.2 In der Weiteren Schutzzone W III A sind im Bereich von Industrie und Gewerbe nur Anlagen in der Größenordnung von Ziffer 10.1 (max. ein Jahresbedarf) zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (LAU-Anlagen) zulässig, sowie kleine Verwendungsanlagen für wassergefährdende Stoffe (V-Anlagen) wie z.B. Heizölbrenner, Aggregate zur Energieversorgung wie z.B. Stromaggregate, Kompressoren und kleine Trafoanlagen zur Betriebsversorgung.

Nicht zulässig sind Anlagen zur Herstellung und Behandlung wassergefährdender Stoffe (HB-Anlagen).

- 10.3 In der Weiteren Schutzzone W III A sind für rechtmäßig bestehende Betriebe im Bereich von Industrie und Gewerbe, die im Produktionsprozess wassergefährdende Stoffe einsetzen oder HBV-Anlagen betreiben, nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Kreisverwaltungsbehörde über die Ziffer 10.2 hinaus Anlagen zur Herstellung, Behandlung und Verwendung wassergefährdender Stoffe (HBV-Anlagen) in der Größenordnung von Ziffer 10.1 zulässig, wenn den im Wasserschutzgebiet geltenden besonderen Anforderungen an das Schutzniveau Rechnung getragen wird.

Um die Einhaltung des erforderlichen Schutzniveaus zu belegen ist für die Genehmigung ein Antrag (3-fach) einzureichen, der den nachfolgenden Voraussetzungen Rechnung tragen muss:

- Ein Anlagenkataster ist zu erstellen und vorzulegen.
- Die geplante Maßnahme ist umfassend darzustellen.
- Erhöhte technische Anforderungen bei Errichtung und Betrieb der Anlage sind einzuhalten (z.B. erhöhte Werkstoffanforderungen, Verzicht auf lösbare Verbindungen, höhere Sicherheitsbeiwerte für die Konstruktion).
- Zusätzliche Sicherheitseinrichtungen sind einzubauen (z.B. Auffangvorrichtungen, Einrichtungen zur Leckageerkennung, Absperrvorrichtungen).
- Besondere organisatorische Maßnahmen sind auszuarbeiten und zu vollziehen bzgl. Verhaltensvorschriften (z.B. Betriebsanweisungen, Alarm- und Maßnahmenpläne) und verstärkter Eigen- und Fremdüberwachung (z.B. Erhöhung des Umfangs der Prüfungen, regelmäßige Teilnahme an Umweltmanagementsystemen, Verbesserung der Anlagenüberwachung z.B. durch ständig überwachte Störungsmeldeeinrichtungen) etc.
- Maßnahmen zur Beobachtung und Früherkennung von Verunreinigungen im Umfeld der Anlage sind zu ergreifen (z.B. Grundwasserkontrollpegel).

Bei Einhaltung des erforderlichen Schutzniveaus ist die Genehmigung zu erteilen.

11. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 3.3)

11.1 Von der Regelung nicht berührt sind:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Ziffern 1.1, 1.2, 1.5, 1.6, 1.10, 5.11 und 5.12
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch,
- Kompostierung im eigenen Garten,
- Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen).

11.2 An die innerbetriebliche Beförderung (Transport) wassergefährdender Stoffe in den vorhandenen Betrieben (einschließlich genehmigte Erweiterungen) in den Weiteren Schutzzonen W III A und W III B werden folgende Anforderungen gestellt:

a) Verwendete Behälter:

Es muss sich um zugelassene oder von einem Fachbetrieb hergestellte Behälter handeln.

b) Untergrund:

Die innerbetriebliche Beförderung (Transport) darf nur auf stoffundurchlässigen Bodenflächen (Betriebswegen) stattfinden; die zugehörigen Entwässerungseinrichtungen müssen so ausgerüstet bzw. eingerichtet sein, dass etwaige Leckagen jederzeit zurückgehalten werden können (Abschieber- und Rückhaltevorrichtungen).

c) Alarm- und Maßnahmenplan

Der Alarm- und Maßnahmenplan muss wirksame Maßnahmen und Vorkehrungen zur Vermeidung von Gewässerschäden beschreiben und mit den in die Maßnahmen

einbezogenen Stellen und mit der jeweils zuständigen Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt Bamberg bzw. Stadt Bamberg) abgestimmt werden. Zu regeln ist insbesondere, mit welchen Fahrzeugen und durch welches Personal die Beförderung (Transport) erfolgt.

11.3 An Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen werden über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

12. Errichten und Erweitern baulicher Anlagen (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 6.1)

12.1 Zu den baulichen Anlagen in Ziffer 6.1 gehören auch Nebenanlagen wie z. B.

- Ver- und Entsorgungseinrichtungen (beachte Ziffer 4.7)
- Kleinere Bodeneingriffe (Wäschespinne, Sandkasten, Zaunpfähle, Schwimmbecken etc.)
- Unterirdische Lagerbehälter wie Zisternen, Gasbehälter, Lagerbehälter für wassergef. Flüssigkeiten (Beachtung der Ziffer 3.2!)
- Flächenkollektoren unter Verwendung von Glykol-Wasser-Gemisch (max. WGK 1) und Prüfzeugnis nach DIN 8901 oder automatischer Abschaltung (keine Direktverdampfersysteme oder sonstige Anlagen bei denen wassergefährdende Flüssigkeiten durch das Erdreich geleitet werden, vgl. Ziffer 3.2)

12.2 Grundwasserabstand

In den Baugebieten nach §§ 30 und 34 des Baugesetzbuches von Strullendorf und Hirschaid ist in den Zonen W III A und W III B nach derzeitigem Kenntnisstand ein ausreichender Grundwasserabstand gegeben. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. die Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl, etc.) maximal 4m tief ist.

In Baugebieten nach §§ 30 und 34 des Baugesetzbuches der Stadt Bamberg ist in der Zone III B nach derzeitigem Kenntnisstand ein ausreichender Grundwasserstand nicht gegeben, Grundwasser ist ab ca. 1 m unter Gelände zu erwarten. Damit sind nur bauliche Anlagen ohne Unterkellerung zulässig, ggf. wären sogar Auffüllungen erforderlich.

Die FlNr. 1081 der Gemarkung Strullendorf (Aussiedlerhof Kestler) liegt in der W III A. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. die Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl etc) maximal 3 m tief ist. Die FlNrn. 1019 (Aussiedlerhof Stein) und 1040 (Aussiedlerhof Bergmann) der Gemarkung Strullendorf liegen in der W III B. Der vorgegebene Abstand zum höchsten Grundwasserstand gilt als eingehalten, wenn die Baugrube bzw. Gründungsmaßnahme (Fundament, Bohrpfahl, Zaunpfahl) maximal 4 m tief ist.

12.3 Schlagbrunnen

Ein Schlagbrunnen oder auch Rammbrunnen ist ein in den Untergrund geschlagenes Rohr (1 ¼ Zoll), welches am unteren Ende eine Rammspitze und einen Filteraufsatz hat. Er wird durch Rammen oder Einschlagen bis auf die Wasser führende Schicht in den Boden getrieben. Das Grundwasser kann aus einer Tiefe bis zu 7m durch das Rohr gesaugt werden.

13. Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Bauleitplanung (zu § 3 Abs. 2 Ziffer 6.2)

Der Verlauf der unter § 3 Abs. 2 Ziffer 6.2 in den Regelungen für die weitere Schutzzone III A genannten Südanbindung ist im nachfolgenden Lageplan dargestellt. Dieser Lageplan gibt den derzeitigen Planungsstand der Südanbindung näherungsweise wieder, von dem nicht wesentlich abgewichen werden darf.

Lageplan Südanbindung:

